



# Leseprobe

Professor Dr. Brendan Simms  
**Kampf um Vorherrschaft**  
Eine deutsche Geschichte  
Europas 1453 bis heute

---

»Dieses faszinierende Buch verdient eine große Leserschaft. Ein außerordentlicher Wurf, der sicherlich zu Diskussionen führen wird.« *Christopher Clark*

Bestellen Sie mit einem Klick für 24,00 €



---

Seiten: 896

Erscheinungstermin: 25. April 2016

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

[www.penguinrandomhouse.de](http://www.penguinrandomhouse.de)

# Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

## Zum Buch

---

### **500 Jahre Machtkämpfe um die Mitte Europas**

In einem großen, umfassenden Wurf erzählt Brendan Simms die Geschichte Europas seit dem 15. Jahrhundert. Er beschreibt sie als Geschichte ständig wechselnder Machtverhältnisse und Rivalitäten, des Kampfs der großen und kleinen europäischen Länder um Einfluss sowie der Begehrlichkeiten entfernterer Mächte wie des Osmanischen Reiches oder der USA – vor allem aber schildert er sie als Geschichte der Auseinandersetzung um die Mitte des Kontinents, vom Heiligen Römischen Reich deutscher Nation bis zum wiedervereinigten Deutschland.



### **Autor**

## **Professor Dr. Brendan Simms**

---

Brendan Simms, geboren 1967, ist Professor für die Geschichte der internationalen Beziehungen an der Universität Cambridge. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte Europas und die Geschichte Deutschlands im europäischen Kontext. Er ist Autor vielbeachteter Bücher, bei Pantheon erschien zuletzt »Der längste Nachmittag. 400 Deutsche, Napoleon und die Entscheidung von Waterloo« (2017).

BRENDAN SIMMS

# **KAMPF UM VORHERRSCHAFT**

Eine deutsche Geschichte Europas  
1453 bis heute

Aus dem Englischen von  
Klaus-Dieter Schmidt

Pantheon

Die Originalausgabe erschien 2013 unter dem Titel *Europe. The Struggle for Supremacy 1453 to the Present* bei Allen Lane, London.

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass im Text enthaltene externe Links vom Verlag nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinen Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

3. Auflage

Copyright © 2013 Brendan Simms  
Copyright © 2014 der deutschsprachigen Ausgabe  
Deutsche Verlags-Anstalt, München,  
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,  
Neumarkter Str. 28, 81673 München  
Lektorat: Daniel Bussenius, Berlin  
Karten: Peter Palm, Berlin  
Typografie und Satz: DVA / Brigitte Müller  
Druck und Bindung: CPI books GmbH

Printed in the EU

ISBN 978-3-570-55302-2

[www.pantheon-verlag.de](http://www.pantheon-verlag.de)

Für Constance

»Falsche Waage ist dem Herrn ein Gräuel,  
volles Gewicht findet sein Gefallen.«

Sprüche Salomonis, 11:1

»Du musst herrschen und gewinnen,  
Oder dienen und verlieren,  
Leiden oder triumphieren,  
Amboss oder Hammer sein.«

Johann Wolfgang von Goethe,  
»Koptisches Lied«

## Inhalt

Vorwort zur deutschen Ausgabe .....	9
Vorwort .....	27
Einführung: Europa um 1450 .....	29
1 Reiche, 1453–1648 .....	37
2 Sukzessionen, 1649–1755 .....	81
3 Revolutionen, 1756–1813 .....	163
4 Emanzipationen, 1814–1866 .....	253
5 Vereinigungen, 1867–1916 .....	333
6 Utopien, 1917–1944 .....	425
7 Teilungen, 1945–1973 .....	523
8 Demokratien, 1974–2011 .....	625
Schlussbetrachtung .....	719
Dank .....	725
Anmerkungen .....	726
Bibliographie.....	782
Karten .....	854
Sach- und Personenregister.....	870

## Vorwort zur deutschen Ausgabe

»Wie Deutschland in der Welt steht, was in der Welt geschieht, wie die anderen sich zu Deutschland verhalten, das ist für Deutschland um so wesentlicher, als seine ungeschützte geographische Lage in der Mitte es den Auswirkungen von der Welt her mehr aussetzt als andere europäische Länder.«

*Karl Jaspers*<sup>1</sup>

»Was an Deutschland nicht stimmt, ist, dass es zu viel davon gibt. Es gibt zu viele Deutsche, und Deutschland ist zu stark, zu sehr mit industriellen Ressourcen ausgestattet.«

*A. J. P. Taylor*<sup>2</sup>

Das vorliegende Buch ist keine Geschichte Deutschlands, sondern eine deutsche Geschichte Europas. Im Mittelpunkt stehen das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das die heutige Bundesrepublik, die Niederlande, große Teile Belgiens, Österreich, die Schweiz, Böhmen und Mähren sowie einen großen Teil Norditaliens umfasste, der ihm folgende Deutsche Bund sowie die Staaten, die wiederum diesem nachfolgten, das zweite deutsche Kaiserreich, das »Dritte Reich« und die Bundesrepublik Deutschland sowie, in einem weiteren Sinn, die Europäische Union.

In der Zeitspanne seit 1450 lag die zentrale Rolle der deutschen Frage zumeist gewissermaßen in der Natur der Sache. Deutschland befindet sich in der geographischen Mitte des Kontinents und wurde mehr als jedes andere Territorium von Heeren durchquert, die manchmal für Dinge kämpften, die mit ihm selbst nur am Rande zu tun hatten. Die Franzosen wollten verhindern, dass die Habsburger den Einkreisungsring schlossen, den sie in Flandern, Burgund und Spanien um Frankreich gelegt hatten. England betrachtete Deutschland als Stütze seiner Position in den Niederlanden, deren Besitz es Frankreich oder Spanien erlauben würde, auf kürzestem Weg zur englischen Südküste zu gelangen. Spanien benutzte das Heilige Römische Reich als Ausfallstor, um

sowohl Frankreich als auch die rebellischen Holländer anzugreifen. Schweden strebte nach einer Pufferzone in Norddeutschland, um sich vor Angriffen über die Ostsee zu schützen. Und das Osmanische Reich versuchte, mit einem letzten verheerenden Angriff auf Deutschland die westliche Christenheit niederzuringen, bis es im späten 17. Jahrhundert vor den Mauern Wiens zurückgeschlagen wurde.

Für Europa beunruhigend war darüber hinaus das enorme demographische, wirtschaftliche und militärische Gewicht Deutschlands. Mit Ausnahme des entlegenen Zarenreichs war es stets der größte und bevölkerungsreichste europäische Staat. Seine Städte und Manufakturen bildeten schon lange vor der Industrialisierung den Kern der europäischen Wirtschaft, und der Rhein war die Hauptverkehrsader des Kontinents. Zudem war Deutschland für die Qualität seiner Soldaten bekannt, von denen viele als Söldner im Ausland dienten. Daher waren die europäischen Mächte darauf bedacht, diese Ressourcen entweder sich selbst zu sichern oder aber wenigstens ihren Rivalen vorzuenthalten. Es wurde zu einem Axiom der europäischen Politik, dass Deutschland, wie ein schwedischer Diplomat es in der Mitte des 16. Jahrhunderts ausdrückte, »ein gemäßigter und bevölkerungsreicher Teil der Welt mit einem kriegerischen Volk« sei und »dass kein Land unter der Sonne besser dafür geeignet [sei], eine Universalmonarchie und absolute Vorherrschaft in Europa zu errichten«.<sup>3</sup> Schließlich war das Heilige Römische Reich die Quelle der ultimativen politischen Legitimität in Europa. Das Kaisertum hatte Vorrang vor allen anderen Monarchien und besaß zumindest theoretisch das Recht, die Ressourcen Deutschlands und sogar des ganzen Kontinents für gemeinsame Ziele einzusetzen. 1519 beispielsweise konkurrierten bei der Kaiserwahl die drei mächtigsten Fürsten um die Krone: Franz I. von Frankreich, Heinrich VIII. von England und Karl (V.) von Burgund, der sich durchsetzte. Das Streben nach der Kaiserkrone war bis zu den Napoleonischen Kriegen, als Napoleon ernsthaft erwog, sich zum Kaiser des Heiligen Römischen Reichs zu krönen, ein wesentlicher Antriebsfaktor der europäischen Politik. Selbst die osmanischen Herrscher waren, seitdem sie durch die Eroberung von Konstantinopel ihren Anspruch angemeldet hatten, von dem Verlangen besessen, die Kaiserwürde zu erlangen. All dies machte das Heilige Römische Reich zum Kampfplatz Europas.

Gleichzeitig war Deutschland Schauplatz heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen. Im Innern stand der Kaiser den großen Fürsten gegenüber, die ihrerseits untereinander zerstritten waren. Das deutsche Parlament, der Reichstag, in dem die weltlichen und geistlichen Fürsten und die Reichsstädte vertreten waren, war schon lange kein wirkungsvolles Forum für das Gemeinwohl mehr. So stießen 1453 nach dem Fall von Konstantinopel verzweifelte Bitten von Ungarn und Kroaten um Hilfe im Kampf gegen die vorrückenden Türken auf taube Ohren. Trotz aller Reformversuche durch Kaiser, Beamte und Intellektuelle blieb Deutschland ein fragmentierter politischer Raum. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts teilte die Reformation die westliche Christenheit in Katholiken einerseits und Lutheraner und Reformierte andererseits und spaltete das Heilige Römische Reich in zwei Teile. Und die Militärverfassung des Reiches, die dazu gedacht war, den Frieden in Deutschland aufrechtzuerhalten und Angreifer abzuschrecken, vermochte weder das eine noch das andere zu gewährleisten.

Aus all diesen Gründen waren die großen europäischen Friedensverträge hauptsächlich deutsche Regelungen. Im Kern des Westfälischen Friedens von 1648, von dem die gesamte moderne internationale Ordnung ihren Namen erhielt, stand die Befriedung Mitteleuropas. Dies war insofern irreführend, als die Verträge von Münster und Osnabrück, um einen weiteren Bürgerkrieg zu verhindern, der die Außenwelt zum Eingreifen veranlassen und sich zu einem europäischen Flächenbrand auswachsen könnte, keineswegs den Fürsten die Unverletzlichkeit ihrer Staaten garantierten, sondern vielmehr ihre Möglichkeiten einschränkten, willkürliche Maßnahmen gegen die eigenen Untertanen zu ergreifen. Die Beilegung von Streitigkeiten wurde hauptsächlich den Reichsgerichten überlassen. Religiöse Probleme sollten eher durch Kompromisse als durch Mehrheitsentscheidungen gelöst werden. Darüber hinaus erlangten im Westfälischen Frieden zwei Staaten, Schweden und Frankreich, die förmliche Anerkennung als Garantmächte des Heiligen Römischen Reichs und damit der Territorialordnung Mitteleuropas. Im späten 18. Jahrhundert erhielt auch Russland dieses Privileg. Dieser Zusammenhang zwischen innerer Befriedung und europäischem Gleichgewicht kam auch in der Wiener Schlussakte von 1815 zum Ausdruck, mit der die Periode der

Revolutions- und der Napoleonischen Kriege beendet wurde. Durch sie wurde ein Deutscher Bund mit gemeinsamen politischen, juristischen und militärischen Institutionen geschaffen, von dem man hoffte, er werde stark genug sein, um den inneren Frieden aufrechtzuerhalten und äußere Aggressoren abzuschrecken, aber zu schwach, um selbst nach der Hegemonie streben zu können.

Auch anderswo in Europa prägte der Kampf um Deutschland die Innenpolitik. In England beispielsweise wurde die Herrschaft der Stuarts nachhaltig delegitimiert, weil sie es versäumten, die Protestanten in Deutschland zu unterstützen, was schließlich zu dem Bürgerkrieg führte, der Karl I. den Kopf kostete. Trotz heftiger Bruderkonflikte in der Heimat kämpften bis zu hunderttausend Briten im Dreißigjährigen Krieg; jüngste Ausgrabungen haben gezeigt, dass ihre Knochen über ganz Mitteleuropa verstreut sind. Im 18. Jahrhundert gab es in Großbritannien kein Thema, das mehr Regierungen an die Macht oder zu Fall gebracht hätte als der Zustand des Heiligen Römischen Reichs. Tatsächlich war vor 1760, wenn Briten vom »Empire« sprachen, stets Deutschland gemeint, und nicht das eigene Kolonialreich. In Frankreich bereitete die erbärmliche Unfähigkeit der Bourbonen, die französischen Interessen im Heiligen Römischen Reich und in Osteuropa zu verteidigen, der Revolution den Boden, die ihre Monarchie stürzen sollte.

Über vierhundert Jahre lang war Deutschland in erster Linie ein Objekt der europäischen Politik. Im Dreißigjährigen Krieg wurde es durch die Bürgerkriegserfahrung traumatisiert und dadurch gedemütigt, dass fremde Heere – spanische, dänische, schwedische, französische, um nur die wichtigsten zu nennen – nach Belieben durch sein Territorium ziehen konnten. Die Bevölkerung des Heiligen Römischen Reichs schrumpfte von 21 auf etwas mehr als 13 Millionen Menschen – ein weit größerer Verlust, als ihn irgendein Konflikt vorher oder nachher verursacht hat. Die Lage mitten in Europa hatte sich für Deutschland beinahe als Todesurteil herausgestellt. Danach blieb es, wie der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz beklagte, »der Ball, den einander zugeworfen, die um die Monarchie gespielt, Deutschland ist der Kampfplatz, darauf man um die Meisterschaft von Europa gefochten«. In den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen war Deutschland erneut das Hauptopfer;

es war umkämpft, wurde geteilt und von beiden Seiten als Rekrutenreservoir für ihre Heere genutzt. Der Friedensvertrag von 1815 setzte einen Schlusspunkt unter die Kämpfe, änderte aber nichts daran, dass Deutschland dem Diktat des europäischen Gleichgewichts unterworfen war.

Die beiden Lösungen der deutschen Frage, das Heilige Römische Reich ebenso wie der Deutsche Bund, hatten vieles für sich. Das Heilige Römische Reich war in seinen vielen guten Augenblicken ein vergleichsweise angenehmer Ort, um dort zu leben. Es zog rechtliche Konfliktlösungen militärischen vor, und es war ein Vorreiter auf dem Gebiet der friedlichen religiösen und politischen Koexistenz, die heutige »Konkordanzmodelle« der Machtteilung in gespaltenen Gesellschaften, wie etwa in Nordirland, vorwegnahm. Seine Einwohner – und nachfolgende Generationen überall auf der Welt – profitierten von der einzigartigen kulturellen Vielfalt des Reiches und des Deutschen Bundes. Besonders deutlich kam dies in der Vorherrschaft der deutschen Musik bis mindestens in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zum Ausdruck.

Letztlich scheiterten beide Modelle. Die Deutschen fuhren fort, gegeneinander zu kämpfen, wofür insbesondere der berüchtigte »Dualismus« zwischen Österreich und Preußen stand.<sup>4</sup> In den Kämpfen mit dem Osmanischen Reich und dem französischen Expansionsstreben blieb Deutschland erheblich hinter seinen Möglichkeiten zurück. Vor allem aber vermochte weder das Heilige Römische Reich noch der Deutsche Bund ausländische Angreifer abzuschrecken. Das Alte Reich brach 1806 unter dem napoleonischen Ansturm zusammen, und sein Nachfolger konnte Frankreich während der Revolution von 1830 und in der Rheinkrise von 1840 nur mit Mühe eindämmen, von der späteren Herausforderung durch Napoleon III. ganz zu schweigen. Kurz, beide Lösungen sorgten dafür, dass Deutschland und seine Einwohner keine Subjekte im europäischen System wurden, sondern Objekte blieben.

Den meisten Deutschen war dieser Zustand ein Gräuel, und viele versuchten, ihn zu überwinden. Voller Unmut verfolgten sie, wie sich Reichsgebiete entfremdeten und insbesondere Frankreich zuwandten; Elsass-Lothringen war nur das offensichtlichste Beispiel dafür, aber keineswegs das einzige. Sie verurteilten den internationalen »Handel«

mit deutschen Söldnern, und dass viele arme Landsleute ihr Heil in der Auswanderung sahen, erfüllte sie mit Verzweiflung.<sup>5</sup> Jahrhundertlang versuchten Reformer, dem Heiligen Römischen Reich und dann dem Deutschen Bund eine Verfassungs- und Militärstruktur zu geben, die es den Deutschen erlaubt hätte, ohne auswärtige Vorherrschaft zu leben. Doch alle diese Versuche scheiterten, angefangen mit den Bemühungen des kaiserlichen Generalissimus Lazarus von Schwendi im 16. Jahrhundert über diejenigen Samuel von Pufendorfs im 17. und Friedrich Carl von Mosers im 18. Jahrhundert bis zu denjenigen der liberalen Nationalisten am Anfang und in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Deutsche Fürsten versuchten mangels aller anderen Formen von Sicherheit, ihre Angreifbarkeit in der Mitte Europas durch inneren Zusammenhalt wettzumachen und so auszugleichen, was ihnen an Territorium, Reichtum und Bevölkerung fehlte. Sie nutzten das »Primat der Außenpolitik«, wie es später genannt wurde, um die Entmachtung der traditionellen repräsentativen Versammlungen und die Einführung der Autokratie zu rechtfertigen.

Erst als der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck den deutschen Nationalismus für seine Zwecke vereinnahmte, liberale Kräfte ins Boot holte und Österreich ausschloss, gelangte Deutschland endlich zu der inneren Einheit, die potentielle Angreifer abzuschrecken vermochte; jedenfalls hoffte man dies. Doch stattdessen hob der neue mitteleuropäische Staat sowohl aus strukturellen Gründen als auch durch sein Verhalten die Weltordnung aus den Angeln und wurde schließlich zweimal von einer Koalition von Weltmächten in die Schranken gewiesen. Das vereinigte Deutschland von 1871 war, wie Henry Kissinger bemerkte, »zu groß für Europa und zu klein für die Welt«. Es war größer als Frankreich (ohne seine Kolonien), Österreich-Ungarn und Großbritannien (ohne das Empire). Nur das riesige Zarenreich hatte mehr Untertanen. Darüber hinaus verzeichnete es im Gegensatz zu seinem stagnierenden Rivalen Frankreich ein rasches Bevölkerungswachstum, verbunden mit einer rasant voranschreitenden Industrialisierung.

Das Deutsche Reich sah sich jedoch von zwei Seiten bedroht: im Osten durch Russland und im Westen durch Frankreich. Seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts wurde diese Furcht durch eine maritime Rivalität mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten verschärft.

Zudem blieb Deutschland territorial unverändert, während Großbritannien, Frankreich, Russland und die Vereinigten Staaten expandierten. Hinzu kam, dass Millionen Deutsche auf der Suche nach einem besseren Leben in die britischen Siedlerkolonien, vor allem aber in die Vereinigten Staaten auswanderten, was dem Deutschen Reich nicht nur Kräfte entzog, sondern auch das demographische Reservoir seiner potentiellen Gegner auffüllte.

Für diese Herausforderungen gab es viele Lösungswege, und Deutschland probierte ohne nachhaltigen Erfolg die meisten von ihnen aus. Bismarck versuchte durch raffinierte Diplomatie, die strategische Quadratur des Kreises zu finden und Frankreich zu isolieren, indem er dafür sorgte, dass Deutschland stets »einer von zweien in einer Welt von dreien« oder »einer von dreien in einer Welt von fünf« war. Dies ging eine Zeitlang gut, aber die Anstrengung, den beiden Hauptverbündeten Russland und Österreich-Ungarn entgegengesetzte Versprechungen zu machen, um keinen von beiden zu verlieren, wäre auf Dauer selbst dann nicht durchzuhalten gewesen, wenn Wilhelm II. sich nicht so eindeutig für Wien entschieden und dadurch Paris und St. Petersburg mit Front gegen Deutschland zusammengeführt hätte. Bismarcks Nachfolger Caprivi versuchte, die deutsche Stellung in der Welt durch wirtschaftliche Produktivität abzusichern: »[E]ntweder wir exportieren Waren oder wir exportieren Menschen«, so sein Credo. Diese Strategie war jedoch durch Zollschranken angreifbar, nicht zuletzt auch deshalb, weil Deutschland seinerseits mit Rücksicht auf die ostelbischen Junker vielerlei Beschränkungen eingeführt hatte. Die dritte Option, die Mobilisierung der Nation durch sozialen Fortschritt und die Ausweitung des Wahlrechts, Forderungen, für die vor allem der liberale Soziologe Max Weber bekannt ist, wurde nie richtig umgesetzt. Die vierte Lösung, die territoriale Expansion, um mit derjenigen der Rivalen Schritt zu halten, scheiterte am spektakulärsten. Sie bewirkte lediglich als Gegengewicht geschlossene Bündnisse wie die Tripel Entente von Großbritannien, Frankreich und Russland des Ersten und die Große Allianz des Zweiten Weltkriegs sowie die dauerhafte Feindschaft der Vereinigten Staaten, die sich aus Sorge über ein deutsches Vordringen nach Lateinamerika, insbesondere nach Mexiko, gegen Berlin wandten. Die weitreichenden

territorialen Ambitionen des deutschen Kaiserreichs in West- und Osteuropa während des Ersten Weltkriegs und Hitlers rassenideologisch aufgeladenes Streben nach »Lebensraum« in den 1930er und 1940er Jahren endeten in Katastrophen und im letzteren Fall in einem beispiellosen Völkermord an den europäischen Juden. Deutschlands Versuche, sich die Ressourcen Europas einzuverleiben, schlugen vor allem deshalb fehl, weil es sein immenses Potential durch Zwang nicht in vollem Umfang zu mobilisieren vermochte.

Während dieser Periode stand das deutsche Problem stets im Mittelpunkt der europäischen Innenpolitik. In Frankreich lag den meisten inneren Krisen – von der Boulangerkrise in den 1880er Jahren über die Dreyfusaffäre bis zu den erbitterten Auseinandersetzungen der 1930er Jahre – die Frage zugrunde, wie die Gesellschaft gegen Deutschland organisiert werden sollte. In Russland nahm die panslawistische Bewegung seit dem dritten Viertel des 19. Jahrhunderts die deutsche »Vorherrschaft« ins Visier, und im Ersten Weltkrieg war die Entschlossenheit, Berlin einzudämmen, in Russland derart groß, dass das militärische Versagen und der allgemeine Eindruck, dass die herrschende Dynastie insgeheim deutschfreundlich eingestellt sei, im Februar 1917 zu einer russischen Revolution führten. Nach der zweiten, der bolschewistischen Oktoberrevolution, stand für die neue Regierung die Frage im Vordergrund, wie sie einen kommunistischen Aufstand in Deutschland entfachen konnte und was sie tun sollte, falls er nicht ausbrechen sollte. Erst durch den Sieg von Stalins Slogan vom »Kommunismus in einem Land« über Trotzki's Konzept der »Weltrevolution« rückte dieses Thema in den Hintergrund. In Großbritannien trat die Furcht vor deutschen Ambitionen erstmals in der »Dreadnought«-Debatte im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zutage, und in den 1930er Jahren war, wie in Frankreich, die »Beschwichtigung« Hitlers das vorherrschende Thema.

Daher dürfte es nicht überraschen, dass beide Nachkriegsregelungen in erster Linie der Beilegung der deutschen Frage galten, also des Problems, wie Deutschland stark genug erhalten werden konnte, um Aggressoren abzuschrecken, ohne dass es erneut mächtig genug wurde, um noch einmal das kontinentale Gleichgewicht umzustürzen. 1919 versuchte man, mit dem Versailler Vertrag und der Gründung des Völker-

bunds einerseits den Kommunismus aufzuhalten und andererseits eine deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern. In ähnlicher Weise gingen die Vereinten Nationen 1945 aus einer gegen Deutschland gerichteten Kriegsallianz hervor, deren Ziel diesmal der Sturz des Hitlerregimes gewesen war. Dieser Ursprung spiegelt sich heute noch in der Zusammensetzung des Sicherheitsrats mit seinen fünf Vetomächten wider. Deutschland verlor riesige Gebiete, insbesondere im Osten; Millionen Menschen wurden vertrieben oder flohen westwärts. Das Rumpfggebiet wurde in vier Zonen aufgeteilt, aus denen schließlich die Bundesrepublik im Westen und die Deutsche Demokratische Republik im Osten gebildet wurden. Wie die deutsche Frage gelöst werden könnte, wurde zum Hauptthema des Kalten Krieges zwischen den westlichen Demokratien und den kommunistischen Diktaturen unter Führung der Sowjetunion. Der Atomwaffensperrvertrag, auf den man sich in den 1960er Jahren einigte, ging im Wesentlichen auf die Absicht zurück, zu verhindern, dass Deutschland in den Besitz von Atomwaffen gelangte.

Die deutsche Frage bildete auch den Hauptimpuls des europäischen Einigungsprozesses. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde gegründet, um zu erreichen, dass Deutschland und Frankreich strukturell nicht mehr in der Lage waren, wieder gegeneinander in den Krieg zu ziehen. Für Washington ging es bei der europäischen Integration nicht nur um die Eindämmung des deutschen Revanchismus, sondern auch darum, die Bundesrepublik gegen die sowjetische Bedrohung zu mobilisieren. Dem Europäischen Wiederaufbauprogramm der Vereinigten Staaten, allgemein Marshallplan genannt, lag die Hoffnung zugrunde, dass die deutschen Exporte einen europäischen Aufschwung auslösen würden. Bonn wurde durch das Londoner Schuldenabkommen von 1953 von Reparationsforderungen und einem großen Teil der deutschen Auslandsschulden entlastet, wofür es sich im Gegenzug mit der »Einbettung« der Bundesrepublik in übernationale Strukturen einverstanden erklärte. Mitte der 1950er Jahre blockierte das französische Parlament jedoch die politische und militärische Integration des Kontinents durch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Danach vollzog sich die militärische Integration Europas, einschließlich der Wiederbewaffnung Westdeutschlands, im Rahmen der NATO.

Die wirtschaftliche, politische und kulturelle Integration führte 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die später zur Europäischen Gemeinschaft und dann zur Europäischen Union wurde. Als sich die deutsche Wirtschaft erholte, verlagerte sich die Aufmerksamkeit auf den Umgang mit dieser Macht, und es bildete sich in zunehmendem Maß der Konsens heraus, dass die mächtige Deutsche Mark, deren Stärke der Bundesbank praktisch die Kontrolle über die europäischen Zinssätze verschaffte, letztlich durch eine gemeinsame Währung ersetzt werden müsse. Schon vor der deutschen Wiedervereinigung hatte der französische Präsident François Mitterrand gewarnt: »Ohne eine gemeinsame Währung sind wir alle ... dem Willen der Deutschen unterworfen.«<sup>6</sup>

All dies war ein zweiseitiger Prozess. Für die Deutschen stellte das europäische Projekt ein Vehikel dar, mit dem sie nach dem Nationalsozialismus die politische Rehabilitierung erreichen konnten, ohne sich vor ihren westlichen Partnern oder sich selbst fürchten zu müssen. Sie brachten nicht nur ihre sich rasch erholende Wirtschaft, sondern auch einen großen Teil ihrer vormodernen politischen Kultur in die Europäische Gemeinschaft ein, insbesondere eine Vorliebe für die Verrechtlichung politischer Streitigkeiten, für endlose Debatten und ordentliche Verfahren, so dass die Gemeinschaft immer mehr dem alten Heiligen Römischen Reich ähnelte. Der französische Innen- und vormalige Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement warf Deutschland sogar vor, es wollte, indem es das Heilige Römische Reich als Modell für die europäische Verfassungsentwicklung hochhielt, die Macht der Nationalstaaten aushöhlen und so die Hindernisse für seine Dominanz beseitigen. Er hatte nur zur Hälfte recht, insofern die Autorität, welche die Mitgliedstaaten auf den entscheidenden Gebieten der Finanz-, Außen- und Militärpolitik verloren, nicht eigentlich übertragen, sondern vielmehr atomisiert wurde. Wie das Alte Reich beruhte die Europäische Gemeinschaft nicht auf der Konzentration, sondern auf der Diffusion von Macht.

Fünfzig Jahre lang funktionierte diese Übereinkunft gut. Deutschland und Westeuropa prosperierten. Die Bundesrepublik und die Europäische Gemeinschaft waren das beste Deutschland und das beste Europa, die es jemals gab. Trotz aller zeitgenössischen Befürchtungen änderte

sich dies auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, dem Fall der Berliner Mauer und der deutschen Wiedervereinigung von 1989/90, durch die das territoriale und demographische Gewicht der Bundesrepublik beträchtlich zunahm, nicht sofort. Dies lag zum Teil daran, dass die deutsche Wirtschaft weit länger als erwartet brauchte, um den vom Kommunismus heruntergewirtschafteten Osten zu integrieren. Der Hauptgrund bestand jedoch darin, dass die nächsten Stufen des europäischen Projekts, die Umsetzung des Maastrichter Vertrags von 1992 und insbesondere die Einführung des Euro, der an die Stelle der mächtigen Deutschen Mark treten sollte, vorangetrieben wurden, um das vereinigte Deutschland fester in ein vereinigt Europa einzubetten. Der deutsche Finanzminister Theo Waigel erklärte den Deutschen: »Wir bringen die D-Mark nach Europa.«<sup>7</sup> Die Währungsunion wurde jedoch nicht durch eine politische Union ergänzt; die Europäische Gemeinschaft behielt ihre lockere föderale Struktur.

Die Bundesrepublik brach also trotz ihrer neuen Größe nicht aus, sondern arbeitete immer enger mit ihren Partnern zusammen, insbesondere auf dem Gebiet der Sicherheit, auf dem sie lange hinterhergehinkt war. Berlin war ein eifriger Befürworter der ersten Osterweiterung von NATO und EU nach Polen, Ungarn und Tschechien. Schließlich nahmen deutsche Truppen an der Intervention gegen die ethnische Säuberung in Bosnien teil; sie waren bei der NATO-Intervention im Kosovokonflikt von Anfang an dabei, und nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 entsandte Berlin Truppen nach Afghanistan. »Die deutsche Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt«, hieß es. Und als Deutschland vorübergehend den Wachstums- und Stabilitätspakt nicht erfüllte, stand es damit nicht allein da. Auf jeden Fall hatte es den Anschein, als hätte die Verhaltensänderung Deutschlands seit 1945 die strukturelle Umwälzung infolge der Wiedervereinigung neutralisiert. Die deutsche Frage, so schien es, war durch die Integration Deutschlands in den Westen gelöst.<sup>8</sup>

Was das Verhalten anging, traf dies sicherlich zu. Die Deutschen hatten sich in der Tat verändert, aber Europa nicht – oder nicht genug. Vom Jahr 2010 an geriet die nach dem Kalten Krieg errichtete Ordnung vor allem aus strukturellen Gründen zunehmend unter Druck. Erstens

gewann die deutsche Wirtschaft – die man um die Jahrtausendwende als kranken Mann Europas abgeschrieben hatte – durch die von Bundeskanzler Gerhard Schröder in Gang gesetzten Reformen auf Kosten Südeuropas ihre Wettbewerbsfähigkeit zurück. Plötzlich war wieder von einem »Modell Deutschland« die Rede.<sup>9</sup> Zweitens platzte schließlich die Blase, die durch die Währungsunion an der westlichen und südlichen Peripherie Europas entstanden war, und da es keine politische Union gab, fehlten den Europäern die Instrumente, die sie gebraucht hätten, um über den nationalen Rahmen hinaus darauf reagieren zu können. Als das Land mit der größten und gesündesten Wirtschaft war Deutschland nicht nur gut aufgestellt, um den Sturm unbeschadet zu überstehen, sondern dominierte auch in zunehmendem Maß die gesamteuropäische Reaktion auf die Krise. Daher hat der Einfluss Deutschlands, dem es widerstrebt, der Europäischen Zentralbank die Erlaubnis für den von der bankrotten Peripherie ersehnten Staatsanleihenankauf zu geben, und das stattdessen eine kaum verdauliche Kur aus strikten fiskalischen »Regeln« durchsetzte, in den letzten fünf Jahren enorm zugenommen. Frankreich wurde im europäischen Entscheidungsprozess immer weiter an den Rand gedrängt. Deshalb überrascht es nicht, dass in diesem Zeitraum überall in Europa auch eine neue Welle von politischer und populärer Deutschfeindlichkeit entstand. In Griechenland, das von EU und IWF unter finanzielle Kuratel gestellt wurde, hat der Hass auf Deutschland – das als treibende Kraft hinter der wirtschaftlichen »Versklavung« des Landes betrachtet wird – ein derartiges Ausmaß angenommen, dass Bundeskanzlerin Merkel bei ihrem letzten Besuch in Athen von Tausenden von Polizisten geschützt werden musste. Jedenfalls haben das europäische Projekt, so, wie es derzeit aufgebaut ist, im Allgemeinen und die Währungsunion im Besonderen, die beide ursprünglich den Zweck hatten, die deutsche Macht einzudämmen, diese in Wirklichkeit vergrößert. Es ist also genau das eingetreten, wovor Margaret Thatcher stets gewarnt hat. Wir leben heute, um den Historiker Timothy Garton Ash zu zitieren, im Zeitalter der »neuen deutschen Frage«.<sup>10</sup>

Die eigentliche, weitgehend unbeachtete Veränderung nach 1989 war nicht der Gebietszuwachs der Bundesrepublik, sondern der Zuwachs

an Sicherheit. Durch den Zusammenbruch des Kommunismus und die Vergrößerung der NATO und der Europäischen Union war Deutschland zum ersten Mal in seiner Geschichte ausschließlich von befreundeten Demokratien umgeben. Deshalb ließ das Interesse an Sicherheitsfragen erheblich nach, insbesondere in Bezug auf die Neubelebung der russischen Macht im Osten. Polen und die baltischen Staaten waren aus Furcht vor einem Sicherheitsvakuum in Osteuropa zutiefst beunruhigt, als Berlin 2008 sein Veto gegen die Aufnahme der Ukraine in die EU einlegte. Ihr Entsetzen verstärkte sich nach der Weigerung der Bundeskanzlerin, jegliche noch so geartete Vergeltungsmaßnahme zu beschließen, als der Kreml wenig später Truppen in Georgien einmarschieren ließ und anschließend das umstrittene Gebiet praktisch annektierte, indem er russische Pässe an die Einwohner ausgab. Im Februar und März 2014 warf die russische Aggression in der Ukraine erneut die Frage auf, inwieweit die Deutschen, gemütlich in ihrem mitteleuropäischen Idyll lebend, weit entfernt vom Epizentrum der Krise, nach guten Beziehungen zu Moskau verlangend und nach russischer Energie hungernd, in der Lage sind, an das allgemeine geopolitische Wohl Europas zu denken, auch wenn ihre unmittelbare Sicherheit nicht davon abhängt. Die Folge ist, dass Polen, Balten und Ungarn Berlin heute ebenso vergeblich um Hilfe bitten wie vor über fünfhundert Jahren die Ungarn und Kroaten den Reichstag.

Schließlich gibt es auch eine Spaltung im Verhalten, diesmal zwischen den »ehrlichen« Deutschen und den »unvorsichtigen« anderen. Obwohl die Wirtschafts- und Fiskalkrisen in den einzelnen europäischen Ländern unterschiedliche Ursachen haben, gehen sie alle auf verschiedene Formen schlechten Wirtschaftens zurück, denen die Deutschen im großen Ganzen nicht gefrönt haben. Anders als Iren und Spanier bauten sie keine riesigen Anlagen mit Eigentumswohnungen, sondern begnügten sich damit, ihre Wohnungen zu mieten, wie sie es immer getan hatten; im Gegensatz zu den Italienern verwandelten sie ihr politisches Leben nicht in einen Zirkus, der das Vertrauen in ihre Staatsanleihen untergrub; und im Unterschied zu den Griechen besitzen sie ein politisches System, das sich (bei allen Mängeln) durch relative Ehrlichkeit und Transparenz auszeichnet. Gleichwohl leiden diese Länder zudem

unter einem strukturellen Fehler der neuen europäischen Architektur, der dazu führte, dass die Währungsunion als Nachfolger der Deutschen Mark in den meisten Mitgliedsstaaten einen Tsunami aus billigen Krediten auslöste und in einigen von ihnen eine Vermögenspreisblase entfachte. Dies ist die große Ironie der staatlichen und privaten Schuldenkrise an der europäischen Peripherie: Ihre Verlierer sind in erster Linie nicht der deutschen Macht, sondern einem Versuch, sie einzudämmen, zum Opfer gefallen.

Kurz, die deutsche Frage ist im Verlauf eines halben Jahrtausends mutiert. Rund vierhundert Jahre lang war Deutschland zu schwach, und die Frage lautete, wie man die Deutschen zur Verteidigung des Machtgleichgewichts mobilisieren oder wenigstens verhindern konnte, dass sie einem Hegemon in die Hände fielen. Nach der deutschen Vereinigung im Jahr 1871 war Deutschland achtzig Jahre lang zu stark und gefährdete entweder tatsächlich oder dem Anschein nach den Weltfrieden. Danach folgte ein knappes halbes Jahrhundert, in dem Deutschland politisch relativ schwach war und weit weniger für den Westen tat, als ihm möglich gewesen wäre. Heute ist Deutschland, wie gesehen, sowohl zu stark als auch zu schwach oder wenigstens zu unbeteiligt. Es befindet sich in unbequemer Lage im Zentrum der Europäischen Union, die in erster Linie geschaffen wurde, um die deutsche Macht einzudämmen, stattdessen aber dazu gedient hat, sie zu stärken, und die aufgrund ihrer Konstruktionsfehler viele andere Europäer unabsichtlich ihrer Souveränität beraubt hat, ohne ihnen eine demokratische Teilhabe an der neuen Ordnung zu gewähren. Schlimmer noch, Deutschland ist ein lähmendes politisches Vakuum mitten im Zentrum eines Kontinents, der angesichts drängender ökonomischer und fiskalischer Herausforderungen und ganz allgemein des Zusammenhalts bedarf.

Heute stehen wir vor folgenden Fragen: Wie kann die Bundesrepublik, die prosperiert und sicher ist wie niemals zuvor, dazu gebracht werden, die politische Initiative zu ergreifen und die vorübergehenden ökonomischen Opfer zu bringen, die nötig wären, um die europäische Einigung zu vollenden? Wie kann man erreichen, dass Deutschland weiterhin als Subjekt des europäischen Systems handelt, ohne dass die anderen europäischen Länder dadurch in Objekte verwandelt werden?

Wie können sämtliche Kräfte des Kontinents, einschließlich derjenigen Deutschlands, für die Aufgabe mobilisiert werden, die enorme Herausforderung durch das Wachstum der russischen und chinesischen Macht zu bewältigen und den relativen Niedergang der Vereinigten Staaten, sollte er sich als dauerhaft herausstellen, auszugleichen? Wie können die Europäer die seit den 1950er Jahren aufgerissene Kluft zwischen sozioökonomischer und politisch-militärischer Integration schließen? Kurz, wie erledigen wir mit einem Streich die deutsche und die europäische Frage, denn die eine zu lösen bedeutet auch die Lösung der anderen?

Es gibt einen Weg. Um ihn zu gehen, müssen die Deutschen und die Europäer die föderativen Traditionen des Alten Reichs und seiner Nachfolgerin, der Europäischen Union, aufgeben, das heißt, sie müssen den grundlegenden Glauben abstreifen, Europa könne nur durch Krisen voranschreiten, die den Ruf nach »mehr Europa« und damit nach mehr Krisen auslösen.<sup>11</sup> Das Ergebnis wäre wahrscheinlich entweder eine Auflösung wie im Jahr 1806 oder ein vollgültiger Bundesstaat. Denn, was auch immer die Zukunft bereithalten mag, das große Opfer der letzten fünf Jahre ist die »gradualistische« Täuschung, Europa könne Stein auf Stein, Schritt für Schritt, *peu à peu* »aufgebaut« werden. Was wir stattdessen brauchen, ist ein kurzes kollektives Feuer, in dem angesichts gewaltiger ökonomischer und außenpolitischer Gefahren neue Institutionen und letztlich neue Identitäten gebrannt werden. *Wie* dies genau geschehen soll, ist eine Frage, die eher an Politiker als an Historiker gerichtet ist. *Ob* es geschehen wird, ist eine Frage an Propheten, nicht an Gelehrte. *Wenn* es jedoch geschehen soll, werden die Europäer den Blick auf die angloamerikanischen Demokratien des Westens richten müssen, in denen in der Vergangenheit ähnliche Probleme bewältigt wurden.

Am Anfang des 18. Jahrhunderts beendeten Engländer und Schotten ihre jahrhundertealte militärische, diplomatische und wirtschaftliche Konfrontation und vereinigten ihre Kräfte. Diese Union hatte zwei Ziele: Zum einen sollte die seit langem bestehende Rivalität zwischen beiden Ländern beigelegt werden, die Englands Feinde regelmäßig

eine Gelegenheit geboten hatte, Druck auf dessen Nordgrenze auszuüben. Zum anderen sollten die vereinigten Ressourcen effektiver gegen äußere Mächte mobilisiert werden, anstatt sie durch Konkurrenz in Handel und Kolonialbestrebungen zu schwächen. Diese Erwägungen setzten sich während des Spanischen Erbfolgekriegs gegen das bourbonische Frankreich schließlich durch. Das Ergebnis war der Act of Union von 1707, der Schottland eine großzügige Vertretung in Westminster zusicherte; ferner durfte es sein Rechts- und Bildungssystem behalten, seine eigenständige Außen- und Sicherheitspolitik aber musste es aufgeben. Die gemeinsame Abwehr von Papsttum und Universalmonarchie schmiedete die beiden Unionspartner bald wirkungsvoller zusammen, als Bestechung, Einschüchterung und nackte kommerzielle Vorteile es jemals vermocht hätten.<sup>12</sup> Großbritannien war geboren und mit ihm ein fiskalisch-militärischer Staat, der seither mehr in der Welt zählt, als es seinem »natürlichen« Gewicht entspräche.

Ein ähnlicher Prozess führte im späten 18. Jahrhundert zur Gründung der amerikanischen Union. Häufig wird angenommen, die Neue Welt habe sich in gesegneter Isolation von der Alten entwickelt. »Amerika, du hast es besser«, schwärmte Goethe. »Als unser Kontinent, der alte, / Hast keine verfallenen Schlösser / Und keine Basalte. / Dich stört nicht im Innern / Zu lebendiger Zeit / Unnützes Erinnern / Und vergeblicher Streit.« In Wirklichkeit wurde der amerikanische Staat nicht in Abwesenheit der europäischen Rivalitäten geschaffen, sondern wegen ihnen. Die 13 Bundesstaaten waren mit riesigen Schulden aus dem Unabhängigkeitskrieg gegen Großbritannien hervorgegangen. Außerdem fanden sie sich in einer gefährlichen Welt wieder. Ohne den Schutz durch die britische Marine war die amerikanische Handelsschiffahrt nach der Revolution sofort heftigen Angriffen von Berberkorsaren ausgesetzt, die von Nordafrika aus operierten. Großbritannien behielt Kanada im Norden und blieb der Union gegenüber feindselig eingestellt. Unglücklicherweise waren die aus dem Revolutionskrieg hervorgegangenen Verfassungsarrangements völlig ungeeignet, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Es gab keine wirkliche Exekutive, der Kongress hatte nicht das Recht, Steuern zu erheben, um nationale Projekte zu finanzieren, und sämtliche internationalen Verträge mussten von jedem einzelnen

Bundesstaat ratifiziert werden, bevor sie in Kraft traten. Infolgedessen fehlte den Vereinigten Staaten sowohl ein richtiges Heer als auch eine Kriegsmarine. Tatsächlich waren die Bande, welche die Konföderation zusammenhielten, derart locker, dass viele Amerikaner fürchteten, die Vereinigten Staaten könnten in ihre Bestandteile zerfallen oder sogar in innere Kämpfe versinken.

Als die Repräsentanten der 13 Kolonien 1787 in Philadelphia zusammenkamen, um eine Verfassung auszuarbeiten, wussten sie genau, welchem europäischen Unionsmodell sie folgen würden. Das »föderative System« des Deutschen Reichs kam für den späteren Finanzminister Alexander Hamilton und den späteren Präsidenten James Madison nicht in Frage. Es sei ein »kraftloser Körper, der unfähig ist, seine eigenen Glieder zu dirigieren ... wehrlos gegen Gefahren von außen und zugleich unaufhörlich von inneren Gärungsprozessen erschüttert«. <sup>13</sup> Tatsächlich fand von den europäischen Präzedenzfällen nur einer bei den Autoren der *Federalist Papers* Gnade: die englisch-schottische Union von 1707, zu der sich zwei zuvor tief zerstrittene Partner zusammenschlossen, um »allen Feinden zu widerstehen«, wie Königin Anne im Juli 1706 in einem Brief an das schottische Parlament erklärt hatte. John Jay zitierte Königin Annes Ausführungen und sah in der von ihr beschworenen »vollständigen und vollkommenen Union« das zukunftsweisende Vorbild für die amerikanische Republik. <sup>14</sup> Die 1787 in Philadelphia ausgearbeitete Verfassung zeigte, dass die Amerikaner aus den britischen und deutschen Erfahrungen gelernt hatten. Wie Schotten und Engländer waren sie entschlossen, ihren »Bund zu vervollkommen«, wie es in der Präambel hieß. In Form des Präsidentenamts wurde eine starke Exekutive geschaffen, die zur Führung der Außenpolitik und zum Abschluss von internationalen Verträgen ermächtigt war, die dann jedoch der Ratifikation durch den Senat bedurften. Der Rest ist bekannt: Die Vereinigten Staaten entwickelten sich zum mächtigsten Staat der Welt. Vielleicht hätte Goethe besser dichten sollen: »Amerika, du *machst* es besser.«

Die Geschichte zeigt, dass erfolgreiche Vereinigungen nicht in einem schrittweisen Prozess der Annäherung unter relativ günstigen Umständen entstehen, sondern durch scharfe Brüche in Zeiten extremer Krisen. Sie kommen nicht durch eine Evolution zustande, sondern durch einen

»Urknall«. Sie sind eher *Ereignisse* als Prozesse. Die politische Einheit, die Europa so dringend braucht, erfordert daher eine einzige kollektive Willensanstrengung der europäischen Regierungen und Eliten sowie letztlich auch der Bürger.

## Vorwort

Es heißt oft, die Vergangenheit sei ein anderes Land, und in den zurückliegenden rund 550 Jahren, die in diesem Buch behandelt werden, hat man vieles gewiss anders gemacht als in der Gegenwart. Religionskriege, Sklaverei, Nationalsozialismus und sogar Kommunismus erscheinen westlichen Lesern heute als etwas Fremdes. Im Gegensatz dazu hätten unsere Vorfahren über den heutigen Konsens in Bezug auf das allgemeine Wahlrecht, Rassengleichheit und Frauenemanzipation nur den Kopf geschüttelt. Wahrscheinlich werden spätere Generationen vieles von dem, was wir heute für selbstverständlich halten, merkwürdig finden. Manches ändert sich indes nie – oder nur sehr wenig und sehr langsam. In diesem Buch wird gezeigt, dass die hauptsächlichen Sicherheitsfragen, mit denen die Europäer konfrontiert waren, über die Jahrhunderte hinweg bemerkenswert gleich geblieben sind. Die Konzepte, wenn auch nicht die Begriffe, von Einkreisung, Puffern, Gleichgewicht, gescheiterten Staaten und Prävention, der Traum von einem Reich und das Verlangen nach Sicherheit, die zentrale Rolle Deutschlands als Halbleiter, der die verschiedenen Teile des europäischen Hauses miteinander verbindet, die Balance zwischen Freiheit und Autorität, die Spannung zwischen Konsultation und Wirksamkeit, der Zusammenhang von Außen- und Innenpolitik, das Verhältnis zwischen Ideologie und Staatsräson, die Phänomene nationaler Hochmut und nationaler Versagensangst, der Zusammenprall der Kulturen und die Entwicklung von Toleranz: Alle diese Themen haben die europäischen Staatsmänner und Weltführer (sofern sie nicht beides in einer Person waren) von der Mitte des 15. Jahrhunderts bis heute beschäftigt. Kurz, im vorliegenden Buch geht es um die Gegenwärtigkeit der Vergangenheit.

Dies vorausgeschickt, muss hervorgehoben werden, dass die Vergangenheit einst offen war. Die europäische Geschichte hat stets die Keime vieler »Zukünfte« in sich getragen. Deshalb werden wir neben den Hauptstraßen, die zum internationalen Staatensystem von heute

und zu der ihm zugrunde liegenden innenpolitischen Ordnung führten, auch den nicht genommenen Wegen und denen, die nirgendwohin führten, Aufmerksamkeit schenken. Wir werden die Verlierer mit gebührendem Respekt betrachten, wie schwer dies auch fallen mag. Immerhin waren die Niederlagen von Karl V., Ludwig XIV., Napoleon und Hitler alles andere als unvermeidlich. Das Aufkommen religiöser Toleranz, das Ende von Sklaverei und internationalem Sklavenhandel und die Ausbreitung der westlichen Demokratie in Europa waren nicht vorherbestimmt. Jedoch waren diese Ergebnisse kein Zufall. Wie wir sehen werden, bestand ein enger Zusammenhang zwischen dem Aufstieg und Niedergang der Großmächte, der Zunahme der Freiheit und dem Triumph des Westens. Ob es weiterhin so sein wird, hängt stark davon ab, was die Europäer auf beiden Seiten des Atlantiks tun werden. Wir werden unsere eigene Geschichte gestalten müssen und dabei jene der Vergangenheit nicht als Bedienungsanleitung benutzen, sondern als Leitfaden dafür, wie man früher mit diesen Fragen umgegangen ist. Aus diesem Grund endet das letzte Kapitel nicht mit einer Voraussage, sondern mit einer Reihe von Fragen. Andernfalls wäre aus diesem Buch kein historisches Werk geworden, sondern ein prophetisches.

## Einführung

# EUROPA UM 1450

»Das Maß der Unabhängigkeit gibt einem Staate seine Stellung in der Welt; es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Dies ist sein oberstes Gesetz.«

*Leopold von Ranke*<sup>1</sup>

»Die Geschichte ist europäisch ... Wenn man sie als bloß lokal behandelt, ist sie ziemlich unverständlich.«

*William Ewart Gladstone*<sup>2</sup>

»Die Demokratie fängt erst an, strategisch zu denken, wenn sie zum Zweck der Selbstverteidigung dazu gezwungen ist.«

*Halford Mackinder*<sup>3</sup>

West- und Mitteleuropa besaßen seit dem Hochmittelalter das Gefühl einer gemeinsamen Identität.<sup>4</sup> Fast alle seine Bewohner gehörten der katholischen Kirche an und unterwarfen sich der geistigen Autorität des Papstes in Rom; die gebildeten Schichten teilten die Kenntnis des römischen Rechts und der lateinischen Sprache. Einig waren sich die Europäer auch im Gegensatz zum Islam, der sich auf der Iberischen Halbinsel auf dem Rückzug befand, an der Südostflanke Europas aber rasch vordrang. Die meisten europäischen Gemeinwesen besaßen ähnliche soziale und politische Strukturen. Am unteren Ende des sozialen Spektrums zahlten die Bauern für ihren Schutz Abgaben an die Grundherren und für geistige Führung den Zehnten an die Kirche. Die vielen sich selbst regierenden Städte wurden zumeist von einer Elite aus Zunftmitgliedern und Magistratsherren geführt. An der Spitze der Pyramide gingen Aristokratie, hohe Geistlichkeit und in manchen Fällen auch Städte einen Sicherheitspakt mit einem Fürsten ein, dem sie Militärdienst und Beratung zusicherten, wofür sie im Gegenzug Schutz

und die Bestätigung oder Vergrößerung ihres Landbesitzes erhielten.<sup>5</sup> Diese »feudalistische« Vertragsbeziehung wurde fast überall in Europa durch repräsentative Versammlungen hergestellt: durch das englische, irische und schottische Parlament, die niederländische und französische Generalversammlung, die kastilische Cortes sowie den ungarischen, polnischen, schwedischen und deutschen Reichstag.<sup>6</sup> Kurz, die meisten Fürsten übten keine absolute Herrschaft.

Im Gegensatz zum nahegelegenen Osmanischen Reich und zu den fernen asiatischen Gemeinwesen war die politische Kultur Europas also durch intensive öffentliche oder halböffentliche Debatten gekennzeichnet: darüber, wie viel Steuern wem, von wem und zu welchem Zweck gezahlt werden sollten, wobei Letzterer fast immer militärischer Art war. Obwohl sie eher Untertanen als Staatsbürger im modernen Sinn waren, glaubten die meisten Europäer an eine Herrschaft durch Konsens. Ständig waren sie besorgt, ihre Rechte – oder »Privilegien«, wie man damals sagte – gegen fürstliche Ansprüche zu verteidigen. Die Europäer lebten nicht in Demokratien, aber ihre Eliten waren in einem bedeutsamen Sinn »frei«. Darüber hinaus wuchs im spätmittelalterlichen Europa das Verlangen nach politischer Freiheit, auch wenn sie, je weiter man die soziale Leiter hinabstieg, mehr Sehnsucht als Realität war.<sup>7</sup> In erster Linie wurde die Freiheit im Innern verteidigt, aber manchmal war ein heimischer Tyrann nur mit Hilfe benachbarter Fürsten zu besiegen. Aus diesem Grund besaßen die Europäer kein ausgeprägtes Souveränitätsgefühl: Viele betrachteten äußere Interventionen im Kampf gegen eine »tyrannische« Herrschaft nicht nur als legitim, sondern auch als wünschenswert und sogar als Pflicht rechtschaffener Fürsten.

Es wäre falsch, die fürstliche europäische Politik mit derjenigen von »Großmächten« oder Staaten im modernen Sinn zu vergleichen. Dennoch fand seit dem Hochmittelalter eine »Staatenbildung« statt, da die Fürsten bemüht waren, die militärische Mobilisierung zu intensivieren, um zu expandieren oder wenigstens zu überleben.<sup>8</sup> Zudem hatten Gemeinwesen wie England, Frankreich, Kastilien, Polen und Burgund eine klare Vorstellung ihrer eigenen Andersartigkeit, Stärke und Bedeutung; zumindest in Bezug auf England und Frankreich ist es nicht verfrüht, von einem »Nationalbewusstsein« zu sprechen, das auf

politischer Teilhabe sowie einer gemeinsamen Sprache und Kriegführung (hauptsächlich gegeneinander) beruhte. Gleichzeitig waren sich die Europäer der gemeinsamen Zugehörigkeit zur »Christenheit« – die synonym für Europa stand – bewusst, die weiterhin in regelmäßigen Kreuzzügen gegen die Moslems ihren Ausdruck fand. Dank der Reisen Marco Polos und anderer wussten die Europäer von der Existenz Chinas und des Fernen Ostens, während sie die westliche Hemisphäre weitgehend unbeachtet ließen. Gleichwohl verstanden sich die meisten von ihnen – weit davon entfernt, »eurozentrisch« zu sein – kartographisch immer noch als Bewohner des Randes einer Welt, deren Mittelpunkt Jerusalem und das Heilige Land bildeten.<sup>9</sup> So wurden die ersten Entdeckungsreisen entlang der Westküste Afrikas unternommen, um einen alternativen Weg nach Osten zu finden, der es ermöglichen würde, die Moslems im Rücken anzugreifen. Der portugiesische Prinz Heinrich der Seefahrer, zum Beispiel, hoffte, den Islam ausmanövrieren und sich vielleicht sogar mit dem mythischen Königreich von »Priester Johannes« in Afrika oder Asien (man war sich nicht sicher, wo es lag) zusammenschließen zu können. 1415 nahm Portugal Ceuta in Besitz. Europa »expandierte« gewissermaßen in Selbstverteidigung.

Zugleich war Europa ein zutiefst gespaltenen Kontinent, der sich während des gesamten Mittelalters in inneren Kriegen befand: zwischen Kaiser und Papst, zwischen fürstlichen Herrschern, zwischen Stadtstaaten und Territorialfürsten, zwischen Baronen, zwischen rivalisierenden Städten sowie zwischen Bauern und Grundherren. Die katholische Einheit wurde in Frage gestellt durch Lollarden in England, Hussiten in Böhmen, Albigenser in Südfrankreich und verschiedene andere Sekten. Außerdem äußerten sich in der Kirche viele kritisch über die Missbräuche, die sich im Mittelalter ausgebildet hatten. In der Mitte des 15. Jahrhunderts war Europa vielleicht ruhiger als im Frühmittelalter, aber es blieb ein gewalttätiger, zersplitterter Kontinent. Die italienischen Staaten, insbesondere Venedig und Mailand, lagen miteinander im Streit; auf der Iberischen Halbinsel strebte Alfonso von Aragon nach der Vorherrschaft; in Spanien standen sich Christen und Mauren, die immer noch Granada hielten, gegenüber; die Ungarn standen kurz davor, einen Kreuzzug gegen die osmanischen Türken zu unternehmen; Philipp von

Burgund ließ seine Muskeln spielen, unschlüssig darüber, ob er auf einen Kreuzzug gehen oder in einen Kampf in größerer Nähe ziehen sollte; die Osmanen verstärkten ihre Angriffe auf die Reste des orthodox-christlichen Byzantinischen Reichs am Bosphorus; und währenddessen wurde zwischen England und Frankreich eine Auseinandersetzung fortgeführt, die zum Hundertjährigen Krieg werden sollte.<sup>10</sup>

Im Mittelpunkt dieser europäischen Streitigkeiten stand das Heilige Römische Reich, das sich von Brabant und Holland im Westen bis Schlesien im Osten und von Holstein im Norden bis knapp unterhalb von Siena im Süden und Triest im Südosten erstreckte. Es umfasste das heutige Deutschland, Österreich, die Schweiz, Tschechien und die Niederlande ebenso wie einen Teil Belgiens, Luxemburg, Ostfrankreich, Norditalien und Westpolen. An der Spitze stand der Kaiser, der von sieben Kurfürsten gewählt wurde – den Erzbischöfen von Mainz, Köln und Trier sowie den herrschenden Fürsten Böhmens, der Pfalz, Sachsens und Brandenburgs. Er regierte in Konsultation mit den weltlichen und geistlichen »Ständen« – Kurfürsten, Fürsten, Grafen, Rittern und Städten –, die den Reichstag bildeten, das kaiserliche deutsche Parlament. Die Deutschen verhielten sich keineswegs unterwürfig, sondern lagen ständig im Streit mit der Obrigkeit, ob nun die Fürsten mit dem Kaiser oder die Bauern mit ihren Grundherren, vor kaiserlichen oder lokalen Gerichten.<sup>11</sup> Das Reich war der Dreh- und Angelpunkt der europäischen Politik. Seine Bevölkerung war größer als die jedes anderen europäischen Gemeinwesens. Die Städte der Niederlande, des Rheinlands, Süddeutschlands und Norditaliens waren, zusammengenommen, die reichsten, lebendigsten und technisch am weitesten entwickelten in Europa. Das Reich – oder wenigstens seine mächtigsten Regenten – hielten das Gleichgewicht zwischen England und Frankreich aufrecht.<sup>12</sup> Die englischen Ansprüche sollten sich nie mehr vom Abfall des Herzogs von Burgund im Jahr 1435 erholen, einem Mitglied der französischen Königsfamilie, dessen Land sich an der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland erstreckte. Vor allem war die Kaiserkrone, da sie auf Karl den Großen zurückging, ein mächtiger Magnet nicht nur für deutsche Fürsten, sondern auch für die Könige der Nachbarländer, insbesondere diejenigen von Frankreich.<sup>13</sup> Als einziger westlicher Herrscher konnte

ihr Träger die Autorität des Nachfolgers der römischen Kaiser für sich beanspruchen.<sup>14</sup>

Trotz seiner enormen Bedeutung und seines stolzen Erbes befand sich das Reich Mitte des 15. Jahrhunderts in einer akuten Krise.<sup>15</sup> Die Macht des Kaisers, seit 1438 ein Habsburger, war aufgrund der Zugeständnisse, die er in der Wahlkapitulation als Vorbedingung seiner Wahl gemacht hatte, aufgeweicht worden. Privatfehden und Banditenüberfälle nahmen überhand, und der Handel war Gegenstand einer Vielzahl mehr oder weniger erpresserischer Abgabenforderungen. Die Reichskirche steckte ebenfalls in einer tiefen Krise und war durch Missbräuche demoralisiert. Vor allem aber hatte das Reich Mühe, die gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten. Anders als das englische Parlament erwies sich der Reichstag als unfähig, einen regulären Besteuerungsmechanismus einzuführen, um die Kriege gegen die Hussiten, die Türken und in zunehmendem Maß auch gegen Frankreich zu finanzieren.<sup>16</sup> Außerdem befand sich das Reich in einer Identitätskrise. Es nahm für sich in Anspruch, die gesamte Christenheit zu repräsentieren, und zählte Menschen vieler »Nationalitäten« zu seinen Untertanen, unter ihnen solche, die Französisch, Niederländisch, Italienisch und Tschechisch sprachen, aber die meisten seiner Untertanen betrachteten sich als Deutsche oder sprachen wenigstens einen deutschen Dialekt. Noch war kaum von »Deutschland« die Rede, aber ab 1450 fügten die Zeitgenossen dem Begriff des Heiligen Römischen Reichs immer öfter den Zusatz »Deutscher Nation« hinzu.<sup>17</sup>

Im vorliegenden Buch wird gezeigt, dass das Heilige Römische Reich und seine Nachfolgestaaten den Kern des europäischen Machtgleichgewichts und des von Europa aufgebauten globalen Systems bildeten. Auf seinem Gebiet überschritten sich die strategischen Interessen der Großmächte. Befand es sich in Freundeshand, konnte es die eigene Macht beträchtlich verstärken, während es in Feindeshand eine tödliche Bedrohung darstellte. Was in ihm geschah, war für England von Bedeutung, weil es die »Barriere« der Niederlande, die seine Südküste vor Angriffen schützte, sicherte und weil das Gleichgewicht in Europa von ihm abhing. Für Spanien war es von Bedeutung, weil es die Quelle des Kaisertitels war, ein Reservoir dringend benötigter Rekruten darstellte und als strategisches

Hinterland der Spanischen Niederlande diene. Für Österreich wurde es später aus den gleichen Gründen wichtig. Für Frankreich stellte es sowohl einen Puffer als auch ein Expansionsgebiet dar. Preußen, selbst ein Territorium des Reiches, besaß in ihm letztlich ein Sprungbrett für die Expansion nach Westen und Osten. Für Amerika war es wegen der Intrigen des reichsdeutschen Kaisers in Mexiko von Bedeutung, und die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion verfolgten das Hauptziel, sein Gebiet entweder zu erobern oder wenigstens zu verhindern, dass der Gegner es sich aneignete.

Ferner waren das Heilige Römische Reich und seine Nachfolgestaaten für alle, die für Europa sprechen wollten, die wichtigste Quelle politischer Legitimität. Jahrhundertlang verlangte es die europäischen Hauptprotagonisten nach der Kaiserwürde und dem Erbe Karls des Großen. Heinrich VIII. strebte ebenso danach wie Suleiman der Prächtige; Karl V. besaß sie; französische Könige von Franz I. bis zu Ludwig XIV. wollten sie besitzen; Napoleon dachte ernsthaft darüber nach, sie anzunehmen; der Nachhall dieses Strebens in Hitlers »Drittem Reich« war unüberhörbar, und die Europäische Union hat ihren Ursprung in demselben Gebiet und demselben Streben, wenn auch mit einem völlig anderen Geist und Inhalt. Kurz, in den vergangenen 550 Jahren war es die unerschütterliche Überzeugung der europäischen Führer, selbst jener, die keine imperialen Ambitionen hegten, dass der Kampf um die Vorherrschaft im Heiligen Römischen Reich und seinen deutschen Nachfolgestaaten entschieden wurde. Königin Elisabeth I. wusste dies ebenso wie Cromwell, Marlborough, die beiden Pitts, Bismarck, das alliierte Oberkommando im Ersten Weltkrieg, Franklin D. Roosevelt, Stalin, Gorbatschow, die Russen, die sich nach dem Fall der Berliner Mauer hartnäckig der Ostausdehnung der NATO widersetzen, und die Eliten, die heute aus Furcht, Deutschland könnte sich aus seiner Verankerung lösen, bemüht sind, die Europäische Union zusammenzuhalten. Wer Mitteleuropa über einen längeren Zeitraum hinweg beherrschte, der herrschte über Europa, und wer über Europa herrschte, der würde letztlich die Welt dominieren.

Deshalb überrascht es nicht, dass der Kampf um die Herrschaft über Deutschland auch den Prozess der inneren Veränderung in Europa

voranbrachte. Die Engländer begehrten gegen Karl I. auf, weil er die protestantischen deutschen Fürsten, von denen ihre eigene Freiheit abhing, nicht unterstützte. Die Franzosen brachen mit Ludwig XVI., weil er sich angeblich Österreich gegenüber unterwürfig verhielt. Und die Russen wandten sich vom Zaren ab, weil es ihm nicht gelang, das zweite deutsche Reich in die Schranken zu weisen. Deutschland war auch der Ursprungsort der bedeutsamsten weltanschaulichen Veränderungen in Europa: Reformation, Marxismus und Nationalsozialismus waren dort entstanden und beeinflussten die globale Geopolitik nachhaltig. Das Streben nach Sicherheit und Vorherrschaft trieb auch die Expansion Europas voran, von den ersten Reisen des Kolumbus bis zum »Wettlauf um Afrika« im 19. Jahrhundert, und später lag es der Entkolonialisierung zugrunde. Gewiss standen nicht immer Erwägungen in Bezug auf das Heilige Römische Reich und Deutschland dahinter, aber sie waren nie weit entfernt. Dies bezeugen die Bemühungen der englischen Marine im 17. und 18. Jahrhundert, das Gleichgewicht in Europa aufrechtzuerhalten, indem sie Edelmetalllieferungen aus der Neuen Welt an die Rivalen Englands abfing, ebenso wie William Pitts Bemerkung, man müsse »Amerika in Deutschland gewinnen«, das französische Streben im späten 19. Jahrhundert, als Gegengewicht zum deutschen Kaiserreich sein Kolonialreich auszuweiten, und der britische Versuch, mit Hilfe der Balfour-Erklärung weltweit Juden gegen den Kaiser zu mobilisieren, womit eine Entwicklung in Gang gesetzt wurde, an deren Ende die Gründung Israels stand.

# 1

## REICHE

1453–1648

»Schließlich wurde mir, mit einhelliger Zustimmung Germaniens, das Reich übertragen: nach dem Willen, wie ich glaube, und dem Befehl Gottes... Zufrieden könnte ich freilich sein mit dem spanischen Reich, den Balearen und Sardinien, dem Königreich Sizilien, einem großen Teil Italiens, Germaniens, Galliens und einer anderen, gewissermaßen goldreichen Welt [Südamerika] ... Das alles kann kaum existieren oder geschehen, wenn ich nicht Germanien mit Spanien verbinde und dem spanischen Titel den des Kaisers hinzufüge.«

*Kaiser Karl V., 1520<sup>1</sup>*

»[D]ie Cron Schweden müsse ein groß absehen Vff Teutschlandt haben, Vndt Sich Versichern, den es were temperata et populosa regio vndt eine bellicosa Natio, das kein Landt Vnter der Sonnen, welches zu erlangung einer universal monarchia vndt absoluten dominats in Europa so woll gelegen, als Deütschlandt ... Wan nun ein Potentate dieses Reich absolute beherrschte, müsten alle vicina Regna in Sorgen stehen, das sie subjugirt würden ...«

*Johan Adler Salvius, schwedischer Unterhändler in Osnabrück, 1646<sup>2</sup>*

### Der Fall von Konstantinopel und der französische Sieg im Hundertjährigen Krieg

Mit dem Zusammenbruch des Byzantinischen Reiches und kurz darauf des englischen Reiches in Frankreich markierte das Jahr 1453 den Beginn der modernen europäischen Geopolitik. Beide Ereignisse hatten tiefgreifende Folgen für Europa als Ganzes, besonders aber für das in seiner Mitte liegende Heilige Römische Reich Deutscher Nation, von den Zeitgenossen für gewöhnlich einfach »das Reich« genannt. Nach dem Sieg über England erhöhte Frankreich bald den Druck auf die Westflanke Deutschlands und erhob mit mehr Nachdruck Anspruch darauf, die Politik des Reiches zu kontrollieren, zumindest aber zu beeinflussen.

Weiter östlich setzten die Osmanen ihren Vormarsch nach Südost- und Mitteleuropa fort, der sie schließlich zweimal bis vor die Tore Wiens brachte. Die Aufgabe, diesen Bedrohungen entgegenzutreten, fiel den Habsburgern zu, die auf dem Höhepunkt der Regentschaft Karls V. nicht nur über einen großen Teil Mittel-, Süd- und Nordwesteuropas, sondern auch über weite Gebiete der Neuen Welt herrschten. Entscheidend für die Aufrechterhaltung dieser Machtstellung war die Kaiserkrone, deren Träger potentiell das letzte Wort in Deutschland erhielt und einen universalen Anspruch auf die Führungsrolle in Europa erheben konnte. In den Augen seiner Gegner waren die Ambitionen Karls V. sowie der spanischen und österreichischen Habsburger, die ihm nachfolgten, dagegen Teil eines finsternen Plans zur Errichtung einer »Universalmonarchie« in Europa. Die Bemühungen der Habsburger, ihre imperialen Ansprüche durchzusetzen, und die Entschlossenheit ihrer Gegner, ihnen die Herrschaft über das Heilige Römische Reich zu verwehren, bestimmten die europäische Geopolitik der nächsten zweihundert Jahre.

Der Fall von Konstantinopel und die englische Niederlage in Frankreich führten in ganz Europa zu tiefgreifenden innenpolitischen Veränderungen. In den nächsten zwei Jahrhunderten bildeten sich zwei unterschiedliche Regierungsformen heraus, die beide auf ihre Weise eine direkte Antwort auf die internationalen Herausforderungen darstellten. Einerseits entstanden die konsultativen Systeme Englands und der Vereinigten Niederlande, deren bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit beide Staaten in die Lage versetzte, nicht nur alle Anfechtungen zu überstehen, sondern auch das europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Andererseits gab es die monarchischen Systeme, vom reinen Despotismus, wie im Osmanischen Reich und in Russland, bis zu Mischformen, wie in Frankreich und Spanien, wo repräsentative Versammlungen weiterhin eine bedeutende Rolle spielten, auch wenn sich die königliche Macht unverkennbar im Aufwind befand. Währenddessen kämpfte das Reich, das sowohl geopolitisch als auch mit seiner Regierungsform in der Mitte lag, darum, sich eine Verfassungsstruktur zu geben, die es befähigen würde, die inneren Spannungen aufzulösen und äußere Aggressoren abzuschrecken.

## Das Osmanische Reich

Die erste Herausforderung kam von den Osmanen. Im Sommer 1453 fiel Konstantinopel – die Hauptstadt dessen, was vom orthodox-christlichen byzantinischen Staat übriggeblieben war – nach langer Belagerung an die Türken.<sup>3</sup> Es folgte eine brutale Plünderung mit Tausenden von Morden und Vergewaltigungen und der Entweihung der antiken Kirchen der Stadt. Aus christlicher Sicht noch schlimmer war, dass Mehmed II. jetzt den Titel »Kayser-i Rum«, Kaiser von Rom, annahm. Er verlegte nicht nur seine Hauptstadt nach Konstantinopel – das der Prophet Mohammed als Zentrum der Welt bezeichnet hatte –, sondern behielt auch den Namen der Stadt mit all seinen europäischen und imperialen Obertönen bei.<sup>4</sup> Danach war es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Osmanen eine neue Offensive über das Mittelmeer oder auf dem Balkan in Richtung Mitteleuropa unternehmen würden, um ihren Anspruch auf das Römische Reich durchzusetzen, auf dem Weg der Kontrolle über Europa die Weltherrschaft zu erlangen und um ihren universalen Auftrag, den Islam zu verbreiten, zu verfechten. Aus diesem Grund nahm die gesamte Christenheit den Fall von Konstantinopel mit panischem Entsetzen auf.<sup>5</sup> Sogar im fernen Skandinavien erklärte König Christian I., der »Großtürke« sei »das aus dem Meer aufsteigende Ungeheuer, das in der Apokalypse beschrieben wird«.<sup>6</sup>

Im frühen 16. Jahrhundert wurde der Vormarsch unter Suleiman dem Prächtigen fortgesetzt. Sein Ziel war nichts Geringeres als eine Universalmonarchie: Eine spätere Inschrift über dem Eingang der Großen Moschee in Konstantinopel bezeichnete ihn als »Eroberer der Lande des Orients und des Okzidents, mit Hilfe des allmächtigen Gottes und seiner siegreichen Armee, Besitzer der Königreiche der Welt«.<sup>7</sup> Im Bund mit den unzufriedenen spanischen Mauren und ihren ausgewanderten Verbündeten entlang der nordafrikanischen Küste schlug er im Mittelmeerraum zu. Nachdem er Algerien zum osmanischen Vasallen gemacht, den Johanniterorden auf Rhodos überwältigt und den größten Teil der Küste des Schwarzen Meers gesichert hatte, wandte sich der Sultan gegen Mitteleuropa. 1521 nahm er die große Festung Belgrad ein, und fünf Jahre später brachte er dem ungarischen Heer in der Schlacht bei Mohács

eine vernichtende Niederlage bei. Ein riesiger Teil Südosteuropas, einschließlich fast des gesamten fruchtbaren Donaubeckens, geriet unter osmanische Herrschaft. Ungarn, dessen Adel sich selbst zum »Schild und Bollwerk der Christenheit« erklärt hatte, gab es nicht mehr. In seiner selbst proklamierten Rolle als »Verteiler von Kronen an die Monarchen der Welt« machte Suleiman seine Marionette Johann Zápolya zum »König« von Ungarn. Er war, mit den Worten des griechische Historikers Theodore Spandounes, dabei, »eine unübersehbare Streitmacht aufzustellen, um die Christen an Land und auf See mit Krieg zu überziehen«, mit »dem einen Ziel, sie wie ein Drache mit weit aufgerissenem Schlund zu verschlingen«. <sup>8</sup> Nur mit Mühe wehrten die Habsburger im Jahr 1529 einen türkischen Angriff auf Wien selbst ab.

Ende der 1550er Jahre griffen Suleimans Nachfolger erneut an. 1565 tauchten die Türken vor der strategisch wichtigen Inselfestung Malta auf, die sie beinahe eroberten. Im Sommer 1570 landeten türkische Truppen auf Zypern und nahmen es im Lauf eines Jahres ein. Gleichzeitig häuften sich an der Ostküste Spaniens die Überfälle von Piraten und Morisken, die nicht selten bis tief ins Landesinnere vordrangen, während in Ungarn die Osmanen weiter Boden gutmachten und das Heilige Römische Reich bedrohten. In den 1550er und 1560er Jahren kam es zu schweren Kämpfen, die sich nach einem langen Waffenstillstand in den 1590er Jahren fortsetzten. Erst durch den Frieden von Zsitvatorok im Jahr 1606 wurde die osmanische Bedrohung Mitteleuropas vorübergehend aufgehoben.

Während sie das Hauptangriffsziel des osmanischen Plans einer Universalmonarchie waren, entwickelten die Habsburger eigenen Ehrgeiz. Tatsächlich begründeten sie ihren Anspruch auf die Führung der Christenheit zum Teil mit der Notwendigkeit der Einheit des Westens im Kampf gegen die Türken. Die Wahl des Habsburgers Karls V. zum römischen Kaiser im Jahr 1519 prägte die europäische Geopolitik der nächsten drei Jahrzehnte.<sup>9</sup> Er herrschte nicht nur über Spanien, Neapel, die Niederlande, Österreich und Böhmen, sondern auch über ein wachsendes Kolonialreich in der Neuen Welt. Ein spanischer Bischof bezeichnete Karl V. deshalb als »von Gottes Gnaden ... König der Römer und Kaiser der Welt«. Eine Universalmonarchie unter Karl V., in der Habsburg über eine vereinte und wieder einheitliche katholische Chris-

tenheit herrschte, schien eine realistische Möglichkeit zu sein.<sup>10</sup> Erst nach rund dreißig Jahren voller Kämpfe gegen das Osmanische Reich, Frankreich, deutsche Staaten und sogar England war Karl V. gezwungen, den Ehrgeiz, über ganz Europa zu herrschen, aufzugeben.

Binnen weniger Jahrzehnte erwies sich sein Sohn, Philipp II. von Spanien, indes als mindestens ebenso ehrfurchtgebietend wie er. Der Befehlshaber seiner Flotte, Don Juan de Austria, besiegte in der Seeschlacht von Lepanto die Türken. Philipp übernahm die Herrschaft über Portugal und sein Kolonialreich, kolonisierte die Philippinen, erhöhte die Einnahmen aus der Neuen Welt beträchtlich und war eine Zeitlang sogar englischer Prinzgemahl. Auf die Rückseite einer Gedenkmünze für die Vereinigung der Kronen von Spanien und Portugal prägte man die Worte »Non sufficit orbis«, die Welt ist nicht genug, und auf einem spanischen Triumphbogen wurde der König als »Herr der Welt« und »Herr über alles in Ost und West« bezeichnet.<sup>11</sup> Wie sein Vater scheiterte Philipp jedoch letzten Endes, erschöpft vom Kampf gegen die holländischen Rebellen und bekümmert über den katastrophalen Ausgang der Expedition der spanischen Armada gegen England. Ihren Ehrgeiz, über Europa zu herrschen, gaben die Habsburger jedoch nicht auf. Während des Dreißigjährigen Kriegs in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts waren die vereinten Anstrengungen Frankreichs, Schwedens, deutscher Staaten und am Ende auch Englands nötig, um den österreichisch-spanischen Versuch zu vereiteln, sich den Kontinent untertan zu machen.

Im Mittelpunkt dieses Kampfes um die Herrschaft stand das Heilige Römische Reich. Deutschland war schwach – zwar kein Vakuum, aber nie stark genug, um auszuschließen, dass es in nahezu jeden europäischen Konflikt hineingezogen wurde. Aufgrund tiefer Differenzen zwischen den Machtkomponenten des Reiches – Kaiser, Fürsten, Städten und Geistlichkeit – vermochte Deutschland fremde Mächte nicht daran zu hindern, mit ihren Truppen nach Belieben durch sein Territorium zu marschieren. Dies war insofern von Bedeutung, als das Gebiet, das ungefähr demjenigen des heutigen Deutschlands und Norditaliens sowie der Niederlande entsprach, das strategische Zentrum Europas bildete. Irgendwann kreuzten sich dort die Interessen aller Hauptakteure.

Für die Osmanen war das Heilige Römische Reich das große Ziel ihres Vormarschs nach Mitteleuropa. Dort konnten sie ihrem Hauptfeind, den Habsburgern, und den mit ihnen verbündeten deutschen Fürsten einen entscheidenden Schlag beibringen. Darüber hinaus konnte Suleiman den osmanischen Anspruch auf die Nachfolge des Römischen Reichs nur durch die Besetzung Deutschlands erfüllen.<sup>12</sup> Außerdem stand das Heilige Römische Reich im Mittelpunkt der »Bocksprungdiplomatie«, mit der Suleiman die Feindseligkeit der deutschen Fürsten gegenüber Karl V. auszubeuten versuchte.<sup>13</sup> Er schickte sogar einen Abgesandten zu den holländischen Rebellen in Flandern. »Da Ihr Euer Schwert gegen die Papisten erhoben habt und sie regelmäßig tötet«, heißt es in seinem Schreiben an die Rebellen, »sind unser kaiserliches Mitgefühl und unsere königliche Aufmerksamkeit in jeder Weise auf Euer Gebiet gerichtet.«<sup>14</sup>

Auch die Strategie der Habsburger drehte sich um das Reich. Karl V. nutzte seine Stellung dort, um seine französischen Rivalen beiseitezudrängen, sowie als Sprungbrett für die Rückgewinnung von Burgund.<sup>15</sup> Sein autoritäres Verhalten stieß die deutschen Fürsten jedoch zunehmend ab. Entsetzt vernahmen sie im April 1521 seine Erklärung: »[S]o steht unser Gemüt und Wille nicht dahin, dass man viel Herren, sondern einen allein habe, wie des Heiligen Reiches Herkommen ist.«<sup>16</sup> Als Karl die Wahl seines Bruders Ferdinand zum Kandidaten für seine Nachfolge durchsetzte, schlossen seine Kritiker sich unter Führung von Hessen und Sachsen zum Schmalkaldischen Bund zusammen (1531), um ihm entgegenzutreten. Der Kaiser kehrte daraufhin dem Mittelmeerraum den Rücken und beschäftigte sich verstärkt mit dem Reich.<sup>17</sup> Anfang der 1540er Jahre hatte er Frankreich so weit in die Ecke gedrängt, dass es im Frieden von Crépy auf Mailand und die Niederlande verzichtete.<sup>18</sup> 1546 plante er, Deutschland, Mailand, Savoyen, die Niederlande und vielleicht sogar Neapel unter seiner Führung zu einer Föderation zur gemeinsamen Verteidigung sowohl gegen Frankreich als auch gegen das Osmanische Reich zu vereinen.<sup>19</sup> Im April des folgenden Jahres erzielte er in Deutschland in der Schlacht bei Mühlberg einen überwältigenden Sieg. Dies rief jedoch sowohl im Reich als auch in ganz Europa solch wütenden Widerstand hervor, dass er gezwungen war, einen Rückzieher

zu machen und sein Erbe in eine spanische und eine österreichische Linie aufzuteilen.<sup>20</sup> Militärisch hatte er die Schlacht um Deutschland gewonnen, aber politisch hatte er sie verloren.

Seine Nachfolger auf dem spanischen Thron, Philipp II. und Philipp III., blieben tief in Reichsangelegenheiten verstrickt, da sich der Konflikt mit den Holländern im politischen Rahmen des Reiches abspielte und die »Spanische Straße«, über welche die königlichen Truppen in Flandern mit Nachschub versorgt wurden, über sein Territorium oder an seiner Grenze entlangführte. Diese Lebensader der Spanischen Niederlande verlief von Spanien über Norditalien und die Alpen und dann am Westrand des Heiligen Römischen Reichs entlang nach Flandern. Der größte Teil dieser Route führte durch Habsburger- oder habsburgisch kontrolliertes Gebiet im Mittelmeerraum, in der Lombardei und in Burgund, aber der letzte Abschnitt durch Westdeutschland war unsicher. Darüber hinaus konnte Flandern nur gehalten werden, wenn Spanien die Flussübergänge von Rhein und Maas in der Hand hatte. Ohne sie, fürchtete der spanische Erste Minister Gaspar de Guzmán, Graf von Olivares, wäre Flandern »verschlossen wie ein Käfig«. Deshalb bildete Deutschland das Zentralelement einer prekären spanischen geopolitischen Architektur, von der nur ein einziges Teil wegzubrechen brauchte, um einen »Dominoeffekt« auszulösen. Diese Prioritäten spiegelten sich in den spanischen Militärausgaben im 17. Jahrhundert wider, von denen über die Hälfte in die Niederlande und nach Deutschland floss.<sup>21</sup>

### Die Rolle auswärtiger Mächte in der Reichspolitik

Währenddessen war für Frankreich eine starke Stellung im Reich entscheidend, um die habsburgische »Einkreisung« durch die Niederlande im Norden, die Freigrafschaft Burgund im Osten, das Herzogtum Mailand im Südosten und Spanien im Süden zu lockern. Frankreich konnte zwei Strategien verfolgen, die sich gegenseitig stärkten. Die erste war eine direkte militärische Intervention im Reich. Im August 1494 beispielsweise überquerte Karl VIII. mit seiner Armee die Alpen, vorgeblich, um seinen Anspruch auf Neapel durchzusetzen und anschließend einen

paneuropäischen Kreuzzug gegen die Türken anzuführen. In Wirklichkeit wollte er die Führung der Christenheit erlangen, den Papst so weit einschüchtern, dass er seinem habsburgischen Rivalen Maximilian die Kaiserkrönung in Rom versagte, und den Einkreisungsring, der Frankreich einschnürte, aufbrechen. Gut ein halbes Jahrhundert später intervenierte Heinrich II. durch seinen berühmten »Marsch zum Rhein« in Deutschland und eroberte dabei Metz, Toul und Verdun für Frankreich. Im Dreißigjährigen Krieg mischte sich der französische Erste Minister, Kardinal Richelieu, in Deutschland ein, um den Habsburgern Einhalt zu gebieten und »Tore« ins Reich zu schaffen.<sup>22</sup> Gegen Ende dieses Krieges unterbrachen die Franzosen durch die Eroberung der süddeutschen Stadt Breisach schließlich die »Spanische Straße« und damit, wie die französischen Unterhändler in Westfalen Richelieus Nachfolger, Kardinal Mazarin, erklärten, jene »gefährliche Verbindung zwischen den Kräften des Hauses Österreich, welche unsere Väter fürchteten«.<sup>23</sup>

Die zweite französische Strategie war die Schaffung eines gegen den Kaiser gerichteten Bündnisses mit deutschen Fürsten. Franz I., zum Beispiel, war der erste und enthusiastischste Anhänger des Schmalkaldischen Bundes, und nach Ansicht Heinrichs II. hing die Sicherheit Frankreichs von der Verteidigung der deutschen »Freiheit« ab, das heißt von der Unabhängigkeit der deutschen Fürsten vom Kaiser. Im Januar 1552 schloss er den Vertrag von Chambord, in dem er den Fürsten den Absturz »von Jren alten Liberteten vnd freiheiten zu einem solchen Viehischenn vntreglichen vnd ewigen Servitut« zu verhindern versprach. Auf dem Banner des Bündnisses wurde er als »vindex germanicae et principis captivorum« bezeichnet, als Rächer Deutschlands und der gefangenen Fürsten.<sup>24</sup> 1609 erklärte Heinrich IV., der befürchtete, die Habsburger könnten als weiteres Glied in der Kette spanischer Außenposten rund um Frankreich das nordwestdeutsche Kleve annektieren, er werde seine »alten Verbündeten« in Deutschland dabei unterstützen, »den Kaiser daran zu hindern, sich selbst auf Kosten anderer zu vergrößern«.<sup>25</sup> Den habsburgischen Einfluss auf die deutschen Fürsten zu schwächen war auch das zentrale Anliegen der von Kardinal Richelieu verfolgten Strategie.<sup>26</sup> Spanien, schrieb er 1629, wolle sich »zum Herrn von Deutschland machen und es in eine absolute Monarchie umwan-

deln, indem es die früheren Gesetze der deutschen Republik (*république germanique*), auf denen die kaiserliche Autorität fußt, aufhebt«. Wie Heinrich II. und Heinrich IV. glaubte auch er, dass es im französischen Interesse lag, die »deutsche Freiheit«, das heißt die Rechte der Fürsten und der repräsentativen Versammlungen, vor den absolutistischen Tendenzen des Kaisers zu schützen.<sup>27</sup> »Die übermäßige Macht des Hauses Österreich zu schwächen und die Freiheit der Fürsten des Reichs einzuführen«, schrieb der französische Außenminister Henri-Auguste de Lomenie, Graf von Brienne, im Mai 1645 nach dem Tod des Kardinals, sei »das Hauptziel des Krieges«.<sup>28</sup> Deutsche Freiheit und französische Sicherheit waren untrennbar miteinander verbunden.

Auch für die Sicherheit der Holländer war Deutschland von zentraler Bedeutung, nachdem sie im späten 16. Jahrhundert die spanische Herrschaft abgeworfen hatten. Oberste Priorität der neuen Republik der Sieben Vereinigten Provinzen (Vereinigte Niederlande) war die Verteidigung des »Gartens von Holland«, eines Gebiets, das im Westen an die Nordsee stieß. Während die Topographie Schutz bot vor Angriffen aus Norden, Süden und Westen, war die Grenze der neuen Republik mit dem übrigen Heiligen Römischen Reich extrem angreifbar. Die niederländische Strategie bestand darin, mit Außenposten immer tiefer nach Deutschland vorzudringen, um, wie die Generalstaaten 1587 erklärten, »den Krieg jenseits der Grenzen unseres Landes aufzuhalten«. Die Sicherheit der Republik beruhte also seit ihrer Gründung auf einer Strategie der Vorwärtsverteidigung im Heiligen Römischen Reich.<sup>29</sup> Darüber hinaus war der Anführer der Rebellen, Wilhelm von Oranien, ein Fürst des Heiligen Römischen Reichs und, wie es in der niederländischen Nationalhymne heißt, »von deutschem Blut«. In Deutschland lebten fast doppelt so viele holländische Emigranten wie in England. 1567 floh Wilhelm nach Deutschland, wo er auch die meisten seiner Truppen rekrutierte und von wo aus er seine Hauptangriffe startete. Sein engster Verbündeter, Johann Kasimir von Pfalz-Simmern, war Herr über Ländereien im strategisch wichtigen Westen Deutschlands. Im frühen 17. Jahrhundert waren die Holländer erneut über Ereignisse in Deutschland beunruhigt, diesmal über habsburgische Pläne, die auf das benachbarte Kleve zielten, und sie griffen prompt militärisch ein.

Kurzum, das Schicksal der Niederlande war eng mit demjenigen des Heiligen Römischen Reichs verknüpft.

Für England war das Reich ebenfalls von großer strategischer Bedeutung. Als sich Heinrich VIII. in den 1540er Jahren den Bemühungen zur Eindämmung Karls V. anschloss, schickte er Abgesandte aus, um »einen Bund oder eine Freundschaft mit den Fürsten und Potentaten von Deutschland« zu erreichen.<sup>30</sup> Seine kurze, katastrophale vierte Ehe mit Anna von Kleve war vor allem im Interesse am Schmalkaldischen Bund begründet. Neue Bedeutung erhielt Deutschland später insofern, als die Niederlande das äußere Verteidigungsbollwerk bildeten, das William Cecil, der Berater Elisabeths I., als »Kontreeskarpe von England« bezeichnete, als Verteidigungslinie gleich nach der inneren Umfassungsmauer.<sup>31</sup> 1572 finanzierte Elisabeth I. einen Feldzug von Pfalzgraf Johann Kasimir gegen spanische Truppen in Brabant.<sup>32</sup> Vor diesem Hintergrund griff sie Mitte der 1580er Jahre schließlich selbst in den Niederlanden ein, um zu verhindern, dass dieses wichtige Gebiet wieder den Spaniern in die Hände fiel. Am Anfang des 17. Jahrhunderts war England aus Furcht vor einem habsburgischen Eindringen in Nordwestdeutschland erneut zum Handeln genötigt und entsandte ein beachtliches Heer nach Kleve. Englands »Grand Strategy« beruhte kurz gesagt auf der Annahme, die eigene Sicherheit hänge davon ab, dass sich die Niederlande und das Heilige Römische Reich in den Händen befreundeter Kräfte befanden.<sup>33</sup>

Auch Schweden verfolgte die Ereignisse in Deutschland mit zunehmender Sorge. Beunruhigt beobachteten König Gustav Adolf und das schwedische Parlament, der Riksdag, wie die Habsburger in der ersten Phase des Dreißigjährigen Krieges vorrückten. Wenn man nichts unternahme, warnte der König das Parlament im Dezember 1627, würden die Reichstruppen bald die schwedischen Grenzen erreichen. Der Riksdag pflichtete Gustav Adolf bei, dass es besser sei, präventiv zu handeln, um »den Ort und die Last des Krieges an einen Platz zu verlegen, der dem Gegner untertän ist«. Darüber hinaus war die Sicherheit nur zu gewährleisten, wenn man selbst die deutschen Ostseehäfen hielt, von denen Angriffe gegen Schweden ausgehen konnten. »Wenn der Kaiser einst Stralsund in seinen Besitz gebracht hätte«, bemerkte Kanzler Axel Oxenstierna später, »wäre ihm die gesamte Küste zugefallen, und wir

hätten hier in Schweden nie einen Augenblick der Sicherheit erlebt.«<sup>34</sup> Also landete Gustav Adolf 1630 auf Usedom, um dort einen Brückenkopf zu bilden. Aufgabe des Unternehmens war es, dem von seinem Berater Johan Adler Salvius verfassten Manifest zufolge, die »Freiheit Deutschlands« zu verteidigen und so die Schaffung einer katholischen Universalmonarchie in der Christenheit zu verhindern.<sup>35</sup> Bald darauf, im September 1631, brachte der schwedische König bei Breitenfeld einer Reichsarmee eine vernichtende Niederlage bei. Schwedische Truppen drangen tief nach Süddeutschland vor und bedrohten sogar München, die Hauptstadt von Kaiser Ferdinands engstem Verbündeten. Viele spekulierten darüber, dass Gustav Adolf versuchen würde, selbst die Kaiserkrone zu erwerben.<sup>36</sup> Kurfürst Johann Georg von Sachsen warf sogar Kanzler Oxenstierna vor, er wolle »absoluter Herr und *dictator perpetuum* in Deutschland« werden.<sup>37</sup>

Es gab noch einen weiteren Grund, weshalb das Heilige Römische Reich fundamentale strategische Bedeutung besaß, hielt man seine ungenutzten Ressourcen doch für derart groß, dass man mit ihnen das Gleichgewicht zwischen Habsburg und Valois sowie zwischen Christen und Türken kippen konnte. Anfang des 17. Jahrhunderts hatte das Reich eine Bevölkerung von 15 Millionen Menschen. In Spanien lebten, zum Vergleich, acht Millionen. Nur Frankreich war mit 16 bis 20 Millionen Einwohnern bevölkerungsreicher. Allein schon von der Zahl her stellte die Bevölkerung Deutschlands also ein riesiges Reservoir dar, und was die Fähigkeiten anging, wurden deutsche Söldner, insbesondere die schwere Kavallerie, sehr geschätzt. Deutsche bildeten das Rückgrat aller Armeen, die Wilhelm von Oranien gegen die Spanier ins Feld führte. Um 1600 glaubten viele Spanier sogar, dass die Holländer stärker von ihren deutschen Verbündeten abhingen als von England.<sup>38</sup>

Auch Spanien bediente sich in großem Umfang der militärischen Ressourcen des Heiligen Römischen Reichs, das vom späten 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts rund drei Viertel der »spanischen« Infanterie in Flandern stellte. Außerdem war zumindest die Westhälfte des Reiches ein überaus reiches Gebiet mit florierenden Handelsstädten wie Köln und Frankfurt am Main. Das Reich besaß ein derartiges demographisches, militärisches und wirtschaftliches Potential, dass der schwedische

Unterhändler in den Friedensverhandlungen am Ende des Dreißigjährigen Krieges warnte: »Wenn in diesem Reich ein Herrscher die absolute Macht gewinnt, werden alle benachbarten Reiche fürchten müssen, unterjocht zu werden.«<sup>39</sup>

### Der europäische Kampf um die Kaiserkrone

Zudem war das Reich in Europa und sogar über die Christenheit hinaus von grundlegender weltanschaulicher Bedeutung. Der Kaiser stand, wenigstens theoretisch, im Rang höher als alle anderen Monarchen, weshalb einige der ehrgeizigsten europäischen Herrscher – Karl V., Franz I. von Frankreich, Heinrich VIII. von England – sich offen um den Titel bemühten. Andere, wie Heinrich II. von Frankreich, taten es indirekt. Sogar osmanische Herrscher, wie Mehmed und Suleiman der Prächtige, erhoben Anspruch auf das Erbe des kaiserlichen Rom und unterstrichen damit ihre europäische Orientierung. Das wichtigste Vorrecht des Kaisers war die Möglichkeit, in Abstimmung mit dem Reichstag die Ressourcen des Reiches zu mobilisieren. Auch deshalb waren die europäischen Mächte entschlossen, sich entweder den Kaisertitel selbst zu sichern oder zu verhindern, dass er in feindliche Hände fiel.

Obwohl Moslem, versuchte Suleiman der Prächtige ernsthaft, das deutsche kaiserliche Erbe zu vereinnahmen. Er hob seinen Monotheismus hervor und erweiterte seine Ikonographie um die westlichen Symbole von Krone und Zepter, womit er Motive der Krönung Karls V. zum römisch-deutschen König aufgriff.<sup>40</sup> In den beiden Jahrzehnten zwischen 1520 und 1540 half ein venezianischer Berater Suleiman dabei, in Ungarn und den besetzten Gebieten von Österreich imperiales Gepränge westlicher Art zu entfalten, um die Einheimischen zu beeindrucken. Nicht ganz ohne Erfolg: Sein Beiname »der Prächtige« ist kein moslemischer Ehrenname, sondern europäischen Ursprungs. Nicht wenige deutsche Fürsten waren der Ansicht, dass die »deutsche Freiheit« unter den Türken besser geschützt wäre als unter den Habsburgern.<sup>41</sup>

Für die Habsburger war die Kaiserkrone ein unentbehrliches Instrument, um den Zusammenhalt ihrer weit verstreuten Länder zu bewah-

ren. Kaiser Maximilian I. nutzte seine Stellung, um Deutschland in den italienischen Kriegen des späten 15. und frühen 16. Jahrhunderts gegen Frankreich zu mobilisieren, und auch sein Nachfolger, Karl V., wusste um den Wert der Krone Karls des Großen. Das Kaisertum, erklärte er vor seiner Krönung, sei »so groß und erhaben, dass es alle anderen Würden dieser Erde überstrahlt.«<sup>42</sup> In den Händen der Franzosen hätte der Kaisertitel dagegen Unheil bedeutet, da Burgund zwischen Deutschland und Frankreich selbst gefährlich eingezwängt gewesen wäre. Außerdem hätte der Kaisertitel Rivalen in Bezug auf materielle und menschliche Ressourcen einen entscheidenden Vorteil verschafft. »[W]enn man sich darum nicht kümmere«, erklärte der habsburgische Großkanzler Mercurino Gattinara, »könnte diese Kaiserherrschaft den Franzosen übertragen werden, die einer derartigen Gelegenheit keinesfalls abgeneigt seien, sondern ganz heftig nach ihr lechzten. Im Besitz der Kaiserherrschaft könnten diese einen solchen Umschwung bewirken, dass der katholische König Karl beim Ableben Kaiser Maximilians weder die Herrschaftsgebiete der österreichischen und burgundischen Nachfolge noch die Königreiche der Spanien zu bewahren vermöchte.«<sup>43</sup> Deshalb wandte Karl vor der Kaiserwahl von 1519 gewaltige Mittel auf, um sich den Titel zu sichern – überwiegend durch Bestechung deutscher Fürsten.<sup>44</sup>

Danach beruhte sein Anspruch auf die Führung der Christenheit ebenso wie seine Hoffnung, über ein vereintes und befriedetes Europa herrschen zu können, auf der deutschen Kaiserkrone. »Sire!«, wandte sich Gattinara 1519 an den Kaiser, »... Gott der Schöpfer [hat] Euch die Gnade erwiesen ..., Eure Würde über alle christlichen Könige und Fürsten zu erhöhen, indem Er Euch zum größten Kaiser und König seit der Teilung des Reiches Karls des Großen, Eures Vorgängers, machte und Euch auf den Weg der rechtmäßigen Weltherrschaft [monarchie] verwies, um den ganzen Erdkreis unter einem Hirten zu vereinigen ...«<sup>45</sup> Ein ums andere Mal sollte er Karls Politik damit rechtfertigen, dass sie »sowohl eine Sache des Heiligen Reichs als auch unseres Königreichs Spanien« sei.<sup>46</sup> Es gelang Karl jedoch nicht, genug deutsche Fürsten zu überzeugen oder zu zwingen, seinen Sohn Philipp zum römisch-deutschen König und damit zu seinem Nachfolger zu wählen. Während Philipp ihm auf den spanischen Thron nachfolgte, ging der Kaisertitel

an die österreichische Linie der Habsburger. Allerdings arbeiteten spanische Habsburger und Kaiser weiterhin eng zusammen. Auf jeden Fall blieb die Kaiserkrone eine wichtige Komponente der habsburgischen Machtstellung in Europa.

Dies ist der Grund für die französische Fixierung auf den Kaisertitel. Im späten 15. Jahrhundert befürchtete Karl VIII., Kaiser Maximilian könnte die Ressourcen der deutschen politischen Sphäre für seine Zwecke einsetzen. Außerdem versuchte er, seinen eigenen Anspruch auf die Kaiserkrone zu untermauern. Um ihn zu betonen, ließ er Münzen prägen, auf denen das unmissverständliche Motto »Carolus Imperator«, »Kaiser Karl«, zu lesen war.<sup>47</sup> Zwei Jahrzehnte später unternahm Franz I. einen erfolglosen Versuch, die Kaiserkrone für sich zu gewinnen, indem er sich 1519 gegen Karl zur Wahl stellte. Als wahren Erben von Karl dem Großen stand es Franz nach eigenem Bekunden zu, die Krone »wiederzubekommen«. Den Habsburgern die Krone zu verwehren, war außerdem ein Mittel, die fortbestehende Einkreisung Frankreichs aufzubrechen. »Der Grund, der mich bewegt, das Reich zu erlangen«, erklärte der französische König, »ist der, besagten [Habsburger-]König daran zu hindern. Wenn er Erfolg haben sollte, würde er mich, angesichts des Ausmaßes seiner Königreiche und Fürstentümer, ... zweifellos aus Italien hinauswerfen.« Zudem war sich Franz darüber im Klaren, dass er mit dem Kaisertitel das Recht erwerben würde, die Christenheit zu führen, weshalb er seine Absicht unterstrich, »auf wirkungsvollere Weise gegen die Türken Krieg zu führen.«<sup>48</sup> Rund hundert Jahre später schrieb Richelieu Mentor Père Joseph, Hauptkriegsziel sei es, den Versuch der Spanier zu vereiteln, »das Reich zum Erbe des Hauses Österreich« zu machen und so den »Anspruch ihrer Monarchie auf die gesamte Christenheit [Europa]« zu verwirklichen.<sup>49</sup>

Auch in England spielte der Gedanke an den Kaisertitel eine große Rolle. 1519 stieg Heinrich VIII. gegen Karl und Franz in den Ring. Seine Kandidatur war Ausdruck der Entschlossenheit, das englische Reich in Frankreich wieder zu errichten und die Stellung Englands in Europa generell zu stärken. Der König kannte das französische Bonmot, dass England dem Papst untertan sei, Frankreich aber niemandem. Wenn Heinrich seinen Anspruch auf den französischen Thron stärken wollte,

war die Kaiserwürde unerlässlich, ebenso wie eine starke diplomatische Vertretung in Deutschland, welche die Franzosen an ihrer Ostflanke bedrohen würde. Außerdem würde der Kaisertitel die Chance von Heinrichs damaligem Favoriten, Wolsey, erhöhen, zum Papst gewählt zu werden. Deshalb verurteilte der englische König Martin Luther anfangs in schärfster Form.<sup>50</sup> In Deutschland fand Heinrich eine gewisse Unterstützung, nicht zuletzt von Kaiser Maximilian, der den Franzosen unbedingt heraushalten wollte und noch nicht sicher war, dass ein habsburgischer Kandidat durchsetzbar war. Heinrich scheiterte, aber es ist faszinierend, darüber zu spekulieren, was geschehen wäre, wenn er die Kaiserkrone gewonnen hätte und nicht nur König von England, sondern auch Kaiser geworden wäre. Wenn seine Nachfolger sie dann behalten hätten, wäre die Geschichte sicherlich sehr viel anders verlaufen. Die englische Regierungsform wäre möglicherweise auf dem Kontinent übernommen worden; immerhin sandte Calais bereits Vertreter ins englische Parlament, und auch Tournai in Flandern, das vorübergehend Heinrich unterstand, schickte eine Delegation nach Westminster.<sup>51</sup> Das britische Empire wäre völlig anders gestaltet gewesen, und vermutlich wäre Europa heute wesentlich britischer.

### Die Glaubensspaltung

Diese geopolitischen Muster wurden durch die religiösen und politischen Gegenströmungen, die Europa von der Mitte des 15. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts erfassten, weiter ausgeformt, aber nicht grundlegend verändert. 1517 schlug der Mönch Martin Luther seine 95 Thesen, in denen er die Korruption und die Fehler der römisch-katholischen Kirche beklagte, an die Tür der Schlosskirche in Wittenberg.<sup>52</sup> Diese »Reformation« war nicht nur eine theologische Revolte, sondern ein Protest gegen innere Unordnung und äußere Einflüsse im Reich. Luther, Ulrich von Hutten, Andreas Osiander und andere Reformer waren tief besorgt über den osmanischen Vormarsch und riefen mehrfach eindringlich dazu auf, gegen die Ungläubigen zu den Waffen zu greifen.<sup>53</sup> Angesichts der Angriffe aus Ost und West versuchten sie, die deutsche

Nation neu zu beleben, indem sie eine geistige Erneuerung anregten und zu Buße und Gebet aufforderten, damit das Reich von den Unreinheiten befreit werde, die es geschwächt hätten. Luthers Botschaft fand nicht nur bei Gebildeten Widerhall, sondern auch bei den Bewohnern der ländlichen Gebiete, insbesondere im Süden und Westen, die in der Reformation eine Chance sahen, sich vom Joch der Grundherrschaft zu befreien und die Gelegenheit zu ergreifen, das Reich zu reformieren und die deutsche nationale »Ehre« in Europa wiederherzustellen. Daher war der »Bauernkrieg«, der wenige Jahre später ausbrach, keine lokale *jacquerie*, sondern Ausdruck einer allgemeinen Forderung nach Teilhabe am neuen Reich.<sup>54</sup> Dagegen sahen viele deutsche Fürsten im Protestantismus ein Schutzschild gegen kaiserliche Übergriffe und ein Mittel, mit dem sie die Herrschaft über ihre Untertanen stärken, sich selbst vom Kaiser emanzipieren und ihre Finanzlage durch die Enteignung von Kirchenbesitz verbessern konnten.

Auch in der englischen Reformation der 1530er Jahre war der politische Kontext ausschlaggebend. Für die Stabilität Englands – wo eine weibliche Thronfolge möglich war – bedurfte es nicht unbedingt eines männlichen Thronerben, aber für Heinrichs Ansprüche auf Frankreich und das Reich, wo Frauen durch das Salische Gesetz von der Thronfolge ausgeschlossen waren, war er von entscheidender Bedeutung. Als der Papst sich weigerte, seine Ehe mit Anne Boleyn zu scheiden, brach Heinrich VIII. mit Rom. Danach war er aufgrund der Plünderung von Kirchenland nicht nur in der Lage, seine Herrschaft im Innern abzusichern, sondern verfügte auch über dringend benötigte neue Mittel für seine Kriegskasse. Die umfangreichen Festungsbauten an der Südküste zum Schutz vor der französisch-habsburgischen katholischen Gefahr, die nicht nur mit Mitteln aus den geplünderten säkularisierten Klöstern finanziert, sondern auch buchstäblich aus deren Steinen errichtet wurden, symbolisierten den engen Zusammenhang zwischen der englischen Reformation und der Sicherheit des Landes.

Die Reformation förderte die Entstehung einer »Überzeugungskultur« und damit einer nationalen und transnationalen europäischen Öffentlichkeit, die sich mit Religion, Diplomatie und dem Allgemeinwohl beschäftigte.<sup>55</sup> Die Völker Mittel-, Nord- und Nordwesteuropas wurden

mit Predigten und Gesängen indoktriniert, mit gedruckten Pamphleten überschwemmt und mit Bildern, hauptsächlich billigen Holzschnitten, bombardiert. In den nächsten Jahrzehnten schlossen sich Herrscher in allen Teilen Deutschlands verschiedenen Spielarten des Protestantismus an, hauptsächlich aber konnte er im Norden und Osten, in den Niederlanden, in England und Schottland, in ganz Skandinavien sowie in vielen Gemeinden in Polen, Ungarn und Böhmen Fuß fassen. Neue Fronten bildeten sich heraus, nicht nur innerhalb von Gemeinwesen – wo sie im Nachbarschaftskampf ausgenutzt werden konnten –, sondern auch zwischen Staaten. Zur bisherigen Solidarität der Christen gegenüber den Türken und der Republiken gegenüber fürstlichen Tyrannen kam jetzt das gegeneinander gerichtete Zusammengehörigkeitsgefühl der Protestanten einerseits und der Katholiken andererseits hinzu.

Nirgends waren diese Gegensätze deutlicher zu spüren als in Deutschland, das durch die Reformation in der Mitte gespalten wurde.<sup>56</sup> Dort standen sich Katholizismus, Luthertum und Calvinismus unversöhnlich gegenüber. In den 1590er Jahren sammelten sich kalvinistische Hardliner um den pfälzischen Kurfürsten, um die »deutsche Freiheit« gegen den Kaiser zu verteidigen und eine paritätische Teilhabe an den Reichsinstitutionen zu erreichen.<sup>57</sup> Sie hofften auf die Hilfe ihrer Glaubensbrüder im Ausland – die »kalvinistische Internationale« in England und den Niederlanden, die ihrerseits alles daransetzte, ihren Glauben im strategisch entscheidenden Deutschland zu schützen.<sup>58</sup> Holländer, Engländer und die protestantischen deutschen Fürsten verstanden sich als Mitglieder einer strategischen Schicksalsgemeinschaft. Der wichtigste Berater Elisabeths von England, William Cecil, und in der Praxis ihr Erster Minister, rief beispielsweise zu einer »Verbindung mit allen protestantischen Fürsten zur Verteidigung« auf, insbesondere mit den »protestantischen Fürsten des [Heiligen Römischen] Reichs«. Mit anderen Worten, solange das Reich nicht in feindliche Hände fiel, waren die holländischen Rebellen und damit England selbst sicher.<sup>59</sup> Kurz nach der Jahrhundertwende gingen die Calvinisten zur Offensive über. Den Höhepunkt bildete, nachdem sie mehrere Reichstage gesprengt hatten, die Gründung der Protestantischen Union unter Führung des pfälzischen Kurfürsten. Daraufhin rief der Herzog von Bayern 1609 die Katholische

Liga ins Leben, deren Aktivitäten von Philipp III. von Spanien finanziell unterstützt wurden. Im selben Jahr verließen die Calvinisten schließlich den Reichstag und lösten damit eine Verfassungskrise aus.<sup>60</sup>

Entscheidend war, wer künftig die Kaiserkrone tragen würde, die jetzt zum Gegenstand sowohl religiöser als auch strategischer Rivalitäten geworden war. Der aussichtsreichste Kandidat, Ferdinand von Steiermark, war den Protestanten ein Gräuelf. Mit seinen absolutistischen Ambitionen und seiner jesuitischen Erziehung stellte er für die lutherischen und kalvinistischen Fürsten eine direkte Bedrohung dar. Einige der Radikaleren unter ihnen versuchten, dieser Gefahr vorzubeugen, indem sie die Wahl eines protestantischen Kaisers betrieben.<sup>61</sup> Nicht nur für die österreichischen Habsburger und die deutschen Katholiken im Allgemeinen, sondern auch für die Spanier war dieses Vorhaben freilich undenkbar.<sup>62</sup> »Wenn die Kräfte eines protestantischen Kaisers jemals mit denen der [holländischen] Häretiker vereint werden sollten«, warnte der Diplomat und spätere Chef des spanischen Staatsrats Baltasar de Zúñiga im September 1613, »werden die gehorsamen Provinzen in Flandern verlorengelien, und mit ihnen das Herzogtum Mailand und das übrige Italien.« Fünf Jahre später ergänzte Íñigo Vélez de Guevara, Graf Oñate, spanischer Botschafter bei den österreichischen Habsburgern, »dass man, wenn man Deutschland verliert, Flandern und Italien verlieren würde, auf denen unsere ganze Monarchie beruht.«<sup>63</sup>

Der Höhepunkt wurde erreicht, als die böhmischen Stände im August 1618 – in der Erwartung, dass er sich auch um die Kaiserkrone bewerben würde – den Protestanten Friedrich von der Pfalz zu ihrem König wählten.<sup>64</sup> Im März 1619 wurde jedoch Ferdinand von Steiermark zum Kaiser gewählt. Er stellte die habsburgische Kontrolle über Böhmen rasch wieder her, indem er die böhmischen Stände 1620 in der Schlacht am Weißen Berg niederwarf, während die Pfalz von spanischen Truppen besetzt wurde. Friedrich war gezwungen, seine Kurwürde an Ferdinands engsten deutschen Verbündeten, den Herzog von Bayern und Anführer der Katholischen Liga, abzutreten, wodurch sich Habsburg den Zugriff auf den Kaisertitel nachhaltig sicherte.<sup>65</sup> Die Machtverteilung im Reich hatte sich deutlich zur katholischen Seite verschoben, wodurch das gesamte europäische Gleichgewicht aus den Angeln gehoben zu werden

drohte.<sup>66</sup> So stellten die niederländischen Generalstaaten im Februar 1621 fest, nach dem endgültigen Fall der Pfalz würde »die wahre Religion ausgelöscht, die universale Freiheit von Deutschland mit Füßen getreten und, mit den größten Folgen, die Kaiserkrone ins Haus Spanien verbracht.«<sup>67</sup>

Jedoch vermochte die Religion die bestehenden geopolitischen Spaltungen, die sie akzentuierte, nicht immer zu überwinden: So schlug der Hass der katholischen Franzosen auf ihre habsburgischen Glaubensbrüder alle anderen Erwägungen aus dem Feld. Franz I. zögerte nicht, sich mit den Türken gegen Karl V. zu verbünden. »Ich kann nicht leugnen, dass ich den Türken nur zu gerne stark und angriffslustig sehe, nicht um seiner selbst willen, denn er ist ein Ungläubiger, und wir sind Christen, doch um die Macht des Kaisers zu schwächen, ihm große finanzielle Lasten aufzubürden und um alle anderen Regierungen angesichts eines so mächtigen Feindes ruhigzustellen.«<sup>68</sup> Auch Franz' Nachfolger bedienten sich ohne Zögern der protestantischen deutschen Fürsten, um die Stellung des habsburgischen Kaisers zu untergraben. Aus demselben Grund unterstützte Kardinal Richelieu im Dreißigjährigen Krieg die protestantischen Fürsten und die Schweden gegen seine habsburgischen Glaubensbrüder. Suleiman der Prächtige seinerseits drängte seine moslemischen Anhänger in Spanien, ihr Vorgehen mit der »lutherischen Sekte« in den Niederlanden und im Heiligen Römischen Reich abzustimmen.

### **Die Auswirkungen des europäischen Machtkampfs auf die Innenpolitik**

Der Kampf um die Vorherrschaft in Europa und insbesondere im Heiligen Römischen Reich wirkte sich tiefgreifend auf die Innenpolitik der beteiligten Mächte aus. Er regte die Herausbildung einer öffentlichen Sphäre an, hauptsächlich in der Politik der einzelnen Länder, aber auch auf europäischer Ebene. Im Mittelpunkt dieser Debatten stand die »Grand Strategy«, die Gesamtstrategie, wofür hier zwei anschauliche Beispiele angeführt seien. Nachdem in der Mitte des 15. Jahrhunderts das englische Reich in Frankreich verlorengegangen war, wollten aufge-

brachte Engländer wissen, was schiefgelaufen war und wer die Schuld daran trug.<sup>69</sup> Handgeschriebene Pamphlete sorgten dafür, dass diese Debatte weit über die Grenzen des Parlaments hinausgetragen wurde.<sup>70</sup> William de la Pole, dem Herzog von Suffolk, Oberhofmarschall und Hauptberater Heinrichs VI., wurde in solchen Streitschriften vorgeworfen, er habe die englischen Interessen in Frankreich verraten. Deshalb forderte man seine Absetzung, was schließlich zu seiner Ermordung führte. Von Kent aus marschierte eine Gruppe von Agrarrebellenauf London, nicht nur, um ihrem Unmut über lokale Missstände Luft zu machen, sondern auch, um sich darüber zu beklagen, dass der König »falsch beraten« sei, »denn sein Land ist verloren, seine Handelsgüter sind verloren, seine Allmenden sind zerstört, die See ist verloren, Frankreich ist verloren«. <sup>71</sup> Kritiker aus dem Hause York warfen dem König Unfähigkeit vor, die zum Fall Frankreichs geführt habe, stellten die Standhaftigkeit der verbliebenen englischen Stützpunkte, wie Calais, in Frage und beschuldigten ihre Rivalen aus dem Hause Lancaster, sie hätten vor, sie Frankreich zu übergeben.<sup>72</sup>

Am Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts drehte sich die öffentliche Debatte in England vor allem um die Wiedererlangung des verlorenen Reiches auf der anderen Seite des Ärmelkanals. Im Lauf der Zeit verlagerte sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit jedoch auf die Niederlande und das Heilige Römische Reich. Die holländischen Rebellen und die protestantischen deutschen Fürsten wurden weithin als Verteidiger gegen die drohende Dominanz der habsburgischen Katholiken gefeiert. Am Anfang des 17. Jahrhunderts verurteilten viele Engländer den Frieden mit Madrid als Kapitulation vor der Tyrannei und Verrat an den Holländern und den kontinentalen Protestanten im Allgemeinen.<sup>73</sup> Bald darauf begannen die Empörung über die Behandlung der deutschen Protestanten, die dynastischen Eheverbindungen mit Spanien und das Versagen der Monarchie der Stuarts die politische Debatte in England zu beherrschen.<sup>74</sup>

In Deutschland wurde die politische Diskussion durch die Erfindung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg in den 1450er Jahren erheblich stimuliert.<sup>75</sup> Hier förderte der zunehmende Einfluss des Renaissancehumanismus die Entstehung einer protonationalen Öffentlichkeit,

die sich vor allem mit dem Niedergang des Reichszusammenhalts und daher mit dem Ansehen Deutschlands in Europa beschäftigte. Die Deutschen betrachteten sich selbst als Erben eines universalen Römischen Reichs, in dem sie zwar nicht das einzige, aber das führende Volk waren; sie waren sich vollauf bewusst, dass ihr Gemeinwesen einen beträchtlichen slawischen und romanischen (»welschen«) Bevölkerungsanteil umfasste. Dieser Reichspatriotismus und Reichsnationalismus definierte sich durch die Abwehr burgundischer und französischer Übergriffe im Westen und ungarischer und türkischer Plünderungen im Südosten.<sup>76</sup> Daneben äußerte er sich in zunehmender Teilhabe an Reichsinstitutionen und der Forderung von Humanisten wie Johannes Avertinus, größere Anstrengungen zu unternehmen, um die »deutsche Freiheit« gegen den Despotismus Frankreichs und anderer Aggressoren zu verteidigen.<sup>77</sup> Man war entschlossen, die Korruption in der deutschen Kirche zu bekämpfen, und verurteilte die grassierende Gesetzlosigkeit, die nicht nur als gesellschaftliche Plage, sondern auch als ständige Einladung zu Interventionen von außen erkannt wurde. Kurz, das Heilige Römische Reich steckte immer noch voller Leben.<sup>78</sup>

Auch die Außenpolitik prägte überall in Europa die höfische Politik und bewirkte manchmal den Aufstieg oder Fall ganzer Dynastien. Die Themen variierten von Staat zu Staat, aber das überragende gemeinsame Problem war der Zustand des Heiligen Römischen Reichs. Überall auf dem Kontinent hatte das Scheitern oder vermeintliche Scheitern im Dreißigjährigen Krieg innere politische Veränderungen zur Folge. In Madrid stürzte im Jahr 1618 der Erste Minister Francisco Gomez de Sandoval, Herzog von Lerma, weil er sich als unfähig erwiesen hatte, in Europa im Allgemeinen und im Heiligen Römischen Reich im Besonderen die spanischen Interessen zu wahren.<sup>79</sup> Sein Nachfolger, Zúñiga, schlug sich besser und stand, als er 1622 starb, in hoher Gunst. Olivares dagegen, der an seine Stelle trat, wurden die steigenden Kosten der spanischen Gesamtstrategie, insbesondere im Heiligen Reich, vorgeworfen. Dem französischen Ersten Minister Charles d'Albert, Herzog von Luy-nes, erging es wegen des Scheiterns seiner deutschen Strategie ähnlich,<sup>80</sup> ebenso wie seinem Nachfolger, Charles Herzog von Vieuville. Kardinal Richelieu dagegen festigte seine Stellung durch Erfolge im Reich.

Zur spektakulärsten inneren Erschütterung führten die äußeren Vorgänge jedoch in England. Während Deutschland am Anfang des Dreißigjährigen Krieges von der österreichisch-spanischen Flut überschwemmt wurde, explodierte in England die Empörung von Parlament und Bevölkerung über die Monarchie.<sup>81</sup> Nach dem Empfinden der Kritiker der Monarchie der Stuarts wurde der böhmische Konflikt keineswegs in einem entlegenen Land und zwischen Menschen, von denen man nichts wusste, ausgetragen. »Die Pfalz steht in Brand«, erklärte John Davies 1620 im Unterhaus, »die Religion steht in Brand, und alle anderen Länder stehen in Brand ... Dies ist eine Gefahr für die Niederlande, die [protestantische] Fürstenunion und das gesamte protestantische Lager.« Beim Blick auf den Kontinent sahen die parlamentarischen Kritiker des Königs »eine mächtige, vorherrschende Partei ..., welche die Zerstörung aller protestantischen Kirchen der Christenheit anstrebt«, und beklagten den »schwachen Widerstand, den man ihr entgegensetzt«.<sup>82</sup> 1642 brach ein erbittert geführter Bürgerkrieg zwischen beiden Seiten aus, der mit der Niederlage des Königs im Jahr 1646, seiner Hinrichtung drei Jahre später und der Ersetzung der Monarchie durch ein Protektorat unter Oliver Cromwell endete. In den großen parlamentarischen Erklärungen zu den Kriegszielen rangierte die Notwendigkeit, die Pfalz und den kontinentaleuropäischen Protestantismus zu unterstützen, weit oben. Kurz, der Aufstand gegen Karl war im Wesentlichen eine Revolte gegen die Außenpolitik der Stuarts. Die Unfähigkeit, außenpolitisch die Initiative zu ergreifen, hatte zum Zusammenbruch des Konsenses im Innern geführt. Am Ende begannen die Engländer im Jahr 1642 aufeinander zu schießen, weil sie nach der Ansicht der einen Partei in den vorangegangenen zwanzig Jahren nicht genug zur Verteidigung des Protestantismus in Europa getan hatten.

Um im Kampf um Europa konkurrenzfähig zu bleiben, versuchten die Staaten, sich im Innern zu festigen und Halt in größeren Zusammenschlüssen zu finden. Karl V. wusste, wie schwierig es war, die Fronten gegen die Türken in Österreich und Ungarn sowie im Mittelmeerraum zu koordinieren, während gleichzeitig in Italien, Deutschland und Burgund ein Krieg gegen Frankreich und die protestantischen Reichsfürsten

tobte. Deshalb delegierte er die Verteidigung Mitteleuropas und einen großen Teil der Verwaltung des Heiligen Römischen Reichs an seinen jüngeren Bruder Ferdinand. 1522 dankte Karl als Erzherzog von Österreich ab, um seinem Bruder Platz zu machen, und neun Jahre später zwang er die deutschen Fürsten, Ferdinand zum »König der Römer« und damit zu seinem designierten Nachfolger zu wählen. Dies hatte weitgehende Implikationen für die Staatenbildung in Südosteuropa. Ferdinand befreite Böhmen und Schlesien von den Resten der ungarischen Herrschaft und festigte so den Schutz der Nordostflanke.<sup>83</sup> Vor dem Landtag, der Ständevertretung, erklärte er 1530 in Linz, »daß den Türken nit wol zu widersteen [sei], dann allain so das Königreich Hungarn in aines Ertzherzogen von Österreich oder aines andern teutschen Fürsten gewalt und handen wäre.«<sup>84</sup> Nach einigem Zögern schlossen sich die Rumpfggebiete von Kroatien und Ungarn den Habsburgern an. In beiden Fällen handelte es sich im Wesentlichen um ein Vertragsverhältnis, das direkt auf Ferdinands Fähigkeit beruhte, Schutz gegen die Türken zu gewähren.<sup>85</sup>

Die Holländer trugen sogar auf noch erfolgreichere Weise zu ihrer gemeinsamen Verteidigung bei. Im späten 16. Jahrhundert überwandten sie rasch den »Partikularismus«, der, wie Wilhelm von Oranien gewarnt hatte, ihren Kampf um die Unabhängigkeit von Spanien konterkarierte. 1572 beriefen die Generalstaaten Wilhelm auf den Posten des Statthalters und Oberkommandierenden, sagten ihm Steuermittel für den Kampf gegen Philipp zu und proklamierten die religiöse Toleranz, um einem Bürgerkrieg vorzubeugen. Drei Jahre später schloss sich die Provinz Seeland ihnen an, und die erste gemeinsame Maßnahme war im Oktober 1575 der Beschluss, »vom König [von Spanien] abzufallen und im Ausland Unterstützung zu suchen«. 1579 bildeten Holland, Seeland, der größte Teil von Utrecht und die Provinz Groningen die Utrechter Union, die sich auf ein kompliziertes System der Aushebung, Besteuerung und Kriegsfinanzierung einigte. Auf diese Weise wurden die Niederländer zu den vermutlich am höchsten besteuerten Europäern, was sie nur deshalb klaglos hinnahmen, weil sie sich entschlossen hatten, ihr Geschick und ihren Schutz selbst in die Hand zu nehmen. Ihre Sicherheitspolitik »gehörte« jetzt ihnen selbst. Begonnen hatten sie die Revolte als eine

Ansammlung einzelner Provinzen, die eifersüchtig auf ihre Vorrechte pochten, doch der Druck des Kampfes hatte sie in den Vereinigten Provinzen zusammengeführt. So, wie die Holländer Mittel und Wege fanden, Krieg zu führen, schuf der Krieg umgekehrt die Holländer.<sup>86</sup>

In England brachten die Erfordernisse der internationalen Politik einige radikale Ideen hervor, wie die Spannung zwischen Metropole und Randgebieten aufgelöst werden könnte. Die Tudors fürchteten, Schottland und Irland würden in der Hand einer feindlichen Macht den Hintereingang nach England bilden oder bestenfalls zu dessen Einkreisung beitragen. Elisabeths frühes Eingreifen und der Sieg des Presbyterianertums lösten zumindest fürs Erste das Problem im Norden. Irland, wo der größte Teil der Bevölkerung katholisch geblieben war und die englischen Kolonisten aus ganzem Herzen verachtete, war ein weit kniffligerer Fall. Die spanische Infiltration auf der Insel musste unterbunden und jede Gefahr eines gälischen Aufstands ausgeschlossen werden. Eine dauerhafte Lösung war vonnöten, zumal in einem Kontext, in dem rivalisierende Staaten, wie Cecil Königin Elisabeth 1560 warnte, »in letzter Zeit ihre Gebiete derart vergrößert haben, dass sie sich völlig verändert haben, während England immer gleich bleibt, ohne Zuwachs irgendwelcher neuen Kräfte«. Aus diesem Grund sei es »eine Überlegung wert, durch einen Zusammenschluss die Kräfte der beiden Königreiche [England und Schottland] zu vereinen und auch Irland fest einzubinden«. Am Ende brachten dynastische Zufälle die englische und die schottische Krone 1603 unter Jakob I. zusammen. Einige Jahre später setzte er die »Plantation of Ulster« in Gang, die Enteignung der einheimischen katholischen Grundbesitzer in Irland und ihre Ersetzung durch protestantische Siedler aus England und Schottland. Auf diese Weise sicherte er die Westflanke ein für alle Mal ab und sorgte dafür, dass England, Irland und Schottland auf europäischer Bühne mit einer Stimme sprachen.<sup>87</sup>

Im Norden und Osten fand ein ähnlicher Konsolidierungsprozess statt. Dort löste der Niedergang des Deutschritterordens und seines Landes an der Ostsee eine partikularistische Welle aus, welche die gesamte Region in Mitleidenschaft zu ziehen drohte. 1558 nahm Zar Iwan IV., der Schreckliche, Narwa in Nordostlivland. Anfang der 1560er Jahre

besetzten die Russen darüber hinaus Gebiete im Norden von Polen-Litauen, während Schweden ungefähr zur gleichen Zeit die Nordhälfte des heutigen Estland annektierte. Von allen Seiten bedrängt – von den Habsburgern, dem aufstrebenden Schweden, Russland und dem Osmanischen Reich –, suchten die anderen Staaten ihr Heil in einer Reihe von territorialen Zusammenschlüssen, um in einer immer aggressiveren Umwelt konkurrenzfähig zu bleiben. 1561 schloss sich der livländische Ordensstaat dem Großfürstentum Litauen an, und acht Jahre später wurde die Personalunion zwischen Polen und Litauen durch die Lubliner Union in eine Realunion umgewandelt.<sup>88</sup> Deren Staatsgebiet erstreckte sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, und es wurde noch größer, als der polnische König Sigismund Vasa 1592 die schwedische Thronfolge antrat und die beiden Monarchien vereinigte. Mit dieser Union im Rücken durfte man hoffen, dem Druck von Russen und Osmanen standhalten zu können.

Im Mittelpunkt der Bildung und Festigung der europäischen Staaten stand das Problem der Minderheiten, zumeist religiöser Art. Im gesamten 16. und am Anfang des 17. Jahrhunderts mühten sich die Regierungen mit der Frage ab, wie die Minderheiten assimiliert werden konnten oder ob man sie unterdrücken oder einfach ausweisen sollte. Wiederum sollen zwei Beispiele genügen. Das spanische Vorgehen stellte das eine Extrem dar. Die Zusammenarbeit der einheimischen moslemischen Minderheit, der Mauren, mit den Osmanen veranlasste Philipp II. 1567, ein drakonisches Gesetz zu erlassen, das von den Mauren verlangte, binnen drei Jahren Spanisch zu lernen; danach würde es ein Verbrechen sein, öffentlich oder privat arabisch zu sprechen oder zu schreiben. Maurische Kleidung wurde ebenso verboten wie arabisch klingende Nachnamen. Sogar öffentliche Bäder, die als Fassade für geheime rituelle moslemische Waschungen dienten, wurden geschlossen. Als die Mauren protestierten und auf ihr großes Steueraufkommen hinwiesen, erklärte ihnen der Vertreter des Königs, Philipp »schätze die Religion höher als das Einkommen«.<sup>89</sup> Prompt brach 1568 ein Aufstand der Mauren aus, der Philipp derartige militärische Probleme bereitete, dass er Truppen aus Italien herbeiholen musste, um ihn niederzuschlagen.<sup>90</sup> Danach betrachtete er alle Mauren, ganz gleich, ob sie sich am Aufstand betei-

ligt hatten, als Hochverräter. Rund 80 000 wurden in Ketten in andere Landesteile deportiert. Etwa 10 000 blieben in Granada zurück, während die im Land verstreuten Mauren zu einer ständigen Sicherheits Sorge wurden. 1609 beschloss Philipps Nachfolger, Philipp III., das Problem ein für alle Mal zu lösen, indem er die Mauren en bloc – alle 300 000 – nach Nordafrika auswies. Die jahrhundertealte moslemische Kultur in Al Andalus war zu Ende.<sup>91</sup>

Andernorts entschieden sich die Regierenden für religiöse Toleranz, entweder weil sie wirklich an konfessionelle Koexistenz glaubten und hofften, Toleranz würde den staatlichen Zusammenhalt gegenüber dem Feind stärken, oder einfach weil die betreffenden Gruppen zu mächtig waren, um sie unterdrücken zu können. Kaiser Ferdinand I. neigte dazu, die Protestanten zu tolerieren, um seine Lande geschlossen gegen die Osmanen mobilisieren zu können.<sup>92</sup> Den ernsthaftesten Willen zur Toleranz bewies sein Sohn, Kaiser Maximilian II., mit der »Assekuration« von 1571, die das Recht lutherischer Adliger bekräftigte, auf ihren Besitzungen ihre eigene Religion auszuüben. Tatsächlich hoffte der Kaiser, den Konfessionsstreit nicht nur in Österreich, sondern im ganzen Reich beilegen zu können. Dies war nach seiner Ansicht die einzige Möglichkeit, die deutschen Fürsten gegen die Türken zu einen. Kurz, äußere Bedrohungen führten in den beiden Zweigen des Hauses Habsburg zu sehr unterschiedlichen Einstellungen zur religiösen Toleranz.

### Autokratische oder repräsentative Systeme?

In der Frage, ob autokratische oder repräsentative Systeme besser geeignet waren, im Kampf um Europa zu bestehen, waren die Europäer geteilter Meinung. Der Florentiner Staatsmann und Autor Niccolò Machiavelli stellte diese Frage in den Mittelpunkt seiner beiden bahnbrechenden Schriften *Der Fürst* und *Politische Betrachtungen*. Insbesondere in Letzteren unternahm Machiavelli den ersten systematischen Versuch, die neue Geopolitik und ihre Implikationen für die innere Struktur der europäischen Staaten auf den Begriff zu bringen. In einer der *Betrachtungen* beschreibt er Staaten als Gemeinwesen, die sich an einem Ort

zusammengefunden haben, »wo sie bequemer leben und sich leichter verteidigen können«. Dies, betont er, sei nur durch »Macht« möglich. Tatsächlich mahnte er: »Die heutigen Fürsten und die neueren Republiken, die zur Verteidigung und zum Angriff keine eigenen Truppen haben, müssen sich ihrer selbst schämen ...« Zweck der von ihm beschriebenen idealen Republik war es daher nicht, bürgerliche Tugenden per se zu fördern, sondern die besten strategischen Entscheidungen zu treffen und die ganze Kraft des Staates zu ihrer Umsetzung zu mobilisieren. Der Schlüssel zum Erfolg war nicht einfach die Bereitstellung von Ressourcen. »Geld«, warnte er, »ist nicht der Nerv des Krieges, wie man gewöhnlich annimmt.«<sup>93</sup>

Stattdessen betrachtete Machiavelli eine vernünftige innere Struktur als Voraussetzung für eine starke Kriegführung. Deshalb hielt er es für geboten, eine Republik »derart ein[zurichten], dass sie, wenn die Notwendigkeit sie zur Vergrößerung zwingt, das Errungene zu behaupten vermag«. Ausschlaggebend und noch wichtiger als eine große und effizient genutzte Steuerbasis sind hier Teilhabe und Diskussion. »Und was die Klugheit und Beständigkeit betrifft, so sage ich, dass ein Volk klüger und beständiger und von richtigerem Urteil ist als ein Fürst«, versichert Machiavelli. Tatsächlich, fügt er hinzu, prophezeie die öffentliche Meinung »so wunderbar richtig, als sähe sie vermöge einer verborgenen Kraft ihr Wohl und Wehe voraus«. Das Volk ziehe die Staatsmacht in wichtigen Fragen zur Verantwortung. Im internationalen Rahmen seien Republiken daher stärkere Konkurrenten. »Die Erfahrung zeigt, dass die Staaten nie größer und reicher wurden, außer wenn sie frei waren.«<sup>94</sup> Machiavelli legte also am Anfang des 16. Jahrhunderts mit unmissverständlicher Klarheit die innen- und geopolitischen Fragen dar, die europäische Mächte, ob nun Autokratien oder Demokratien, bis auf den heutigen Tag umtreiben.

Das Beispiel England legt nahe, dass Machiavelli recht hatte. Nach dem katastrophalen Verlust ihres französischen Reiches hatten die Engländer den Schluss gezogen, dass »guter Rat« durch ein Parlament nötig sei.<sup>95</sup> Man würde die Steuern termingerecht zahlen müssen – anders ausgedrückt: das Land als Ganzes sollte die Verantwortung für die Rückeroberung Frankreichs übernehmen –, aber dafür würde der

König auf die Empfehlungen des Parlaments und seiner erfahrenen Berater hören müssen. Heinrich VIII. konnte dank enger Zusammenarbeit mit dem Parlament, das alle vorherigen, gegenwärtigen und bevorstehenden Militärausgaben billigen musste, in Schottland, Irland und insbesondere auf dem Kontinent umfangreiche Feldzüge unternehmen. Über dreißig Jahre nickten die Lords und Abgeordneten zumeist widerspruchslos ab, was von ihnen verlangt wurde. Einen stringenten Zusammenhang zwischen Kriegsdruck und siegreicher Königsmacht gab es also nicht.<sup>96</sup> Dies lag daran, dass das Parlament in der Gesamtstrategie mit dem König einer Meinung war: Beide verfolgten das Ziel, die Rechte der Monarchie in Frankreich zu verteidigen oder wenigstens die Kontrolle über die Küste auf der anderen Seite des Ärmelkanals aufrechtzuerhalten und den englischen Hintereingang über Irland und Schottland zu schützen.<sup>97</sup> Auch die Stellung Elisabeths I. in Europa wurde durch ihre Fähigkeit, mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, gestützt. Umgekehrt wirkten sich die Zerstrittenheit in Westminster und das Zerwürfnis zwischen Parlament und Krone nachteilig auf die Außenpolitik der frühen Stuart-Ära aus.

Im Allgemeinen schien die Erfahrung jedoch zu zeigen, dass eine starke Königsmacht die Voraussetzung für strategische Erfolge war. In Frankreich, zum Beispiel, schrieb man den Sieg dem Wiedererstarben der Monarchie zu.<sup>98</sup> In der Reformdiskussion wurde vor allem die Notwendigkeit einer starken zentralen Regierung mit der Vollmacht, Steuern zu erheben, hervorgehoben. Gewiss war der Hinauswurf der Engländer eine gemeinsame Leistung von Ständen und König, aber das Schwergewicht lag auf der Ausführung, nicht auf Konsultation, auf der Königsmacht und weniger auf dem Ratschlag der Stände. 1439 verlor das französische Parlament, die Generalstände, das Recht, die wichtige *taille*, eine direkte Grundsteuer, festzulegen, und lokale Stände in Zentralfrankreich büßten dieses Recht 1451 ein. Sie willigten nicht nur ein, das königliche Heer zu finanzieren, sondern erklärten sich auch bereit, die Steuer zu einem vom König bestimmten Satz für diesen einzutreiben. Die verschiedenen »Räte«, welche französische Könige konsultierten, waren Treffpunkte zwischen Monarch und Adel, aber keine ernstzunehmenden Organe zur Kontrolle seiner Machtausübung.<sup>99</sup> Vor allem die

Erhebung von Steuern und die Aufstellung von Truppen geschahen ohne Zustimmung der Generalstände. Während in England parlamentarische Strukturen und nationale Stärke in zunehmendem Maß synonym wurden, stellte die französische politische Kultur einen entgegengesetzten, aber ebenso machtvollen Zusammenhang zwischen königlicher Autorität und Frankreichs Platz in Europa her.

Darüber hinaus schienen viele Gemeinwesen, in denen repräsentative Versammlungen weiterhin eine starke Stellung einnahmen, genau deswegen unter einem Mangel an innerem Zusammenhalt sowie unter äußerer Einmischung zu leiden. Sogar der mächtige Karl V. musste mit einer Vielzahl von Parlamenten klarkommen: den Cortes von Kastilien, den Generalstaaten der Niederlande und verschiedenen kleineren Versammlungen überall in seinem Herrschaftsgebiet. Die Cortes billigten bereitwillig Ausgaben für Unternehmungen zur Stärkung spanischer Interessen, wie die Verteidigung von Navarra, die Unterdrückung der Berberkorsaren und den Kampf gegen die Türken im Mittelmeer. Kriege in Mitteleuropa waren dagegen weniger in ihrem Sinn. 1527 lehnten sie es ab, eine Expedition nach Ungarn zu finanzieren, während sie 1535 die Mittel für einen Angriff auf Tunis bewilligten. 1538 forderten sie Karl, anstatt weitere Gelder bereitzustellen, sogar auf, mit Frankreich Frieden zu schließen.<sup>100</sup> Einer der Gründe, warum Kastilien einen so großen Teil der Lasten zu tragen hatte, bestand darin, dass Aragon, Katalonien und Valencia, deren repräsentative Versammlungen sich entschieden kooperationsunwillig verhielten, nur wenig beitrugen. Ausgleichen konnte man dieses Manko nur in einem einzigen Gebiet – den reichen Niederlanden mit ihrem effizienten Steuersystem. Aber auch hier waren die Stände mit der königlichen Außenpolitik keineswegs einverstanden. »Worüber sich die Holländer am meisten beklagen«, berichtete die Statthalterin Margarete von Österreich dem Kaiser im Februar 1524, »ist, dass sie ständig unter dem Banner des Krieges Geld zahlen, aber nicht in ihrem Namen Krieg geführt wird.«<sup>101</sup> In den 1540er und 1550er Jahren billigten die Stände der Niederlande nur widerwillig die Mittel für die Endphase des Krieges gegen Frankreich. Ähnliche Probleme behinderten auch spätere habsburgische Herrscher sowohl in Spanien als auch in Österreich.

In Osteuropa schien der Zusammenhang zwischen starker repräsentativer Versammlung und äußerer Schwäche besonders deutlich zu sein. Als der schwedische Adel gegen Sigismund Vasa von Polen-Litauen-Schweden revoltierte, lehnte das polnische Parlament es ab, ihm ein genügend großes Heer für die Niederschlagung des Aufstands zu gewähren. 1599 wurde Sigismund vom schwedischen Reichstag abgesetzt und die Union mit Polen aufgelöst. Auch in Russland neigte man nach der Erfahrung des Bürgerkriegs, mit anschließender polnischer Besetzung zwischen 1598 und 1610, zu einer autokratischeren Regierungsform. Mit dem Herrschaftsantritt der Dynastie der Romanows im Jahr 1613 endeten die »Jahre der Wirren« (1598–1613). Für die russische Elite schienen die Lehren aus der Vergangenheit klar zu sein: Zu viel »Freiheit« führte zu Chaos und nationaler Schwäche; die Worte »frei« und »nach Belieben« deuteten auf Unordnung und Unruhe hin. Aus diesem Grund wurde der Dienst für den Staat, insbesondere bei der Verteidigung seiner äußeren Souveränität, zum Grundprinzip der russischen Gesellschaft. Selbstverständlich waren viele Russen der Ansicht, dass sie ein Recht auf Teilhabe besäßen, das über die »Brot und Butter«-Fragen elementarer ökonomischer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit hinausging. Ihnen fehlten jedoch die förmlichen repräsentativen Körperschaften – Generalstände, ein Reichstag oder Parlament –, wie sie im Westen vorhanden waren. Die Versammlung der russischen Adligen (Bojaren) – deren Name, Duma, vom russischen Wort für »denken« oder »erwägen« abgeleitet ist – besaß keinerlei Kontrolle über das Steuerwesen. Daher war die Macht der Romanows mehr oder weniger absolut und lediglich durch die riesigen Ausmaße des Landes eingeschränkt. Und solange die neue Dynastie in der Lage war, die nationale Größe oder wenigstens die Sicherheit aufrechtzuerhalten, würde sie fest im Sattel sitzen.<sup>102</sup>

In Brandenburg-Preußen fand eine ähnliche Entwicklung statt. Die Stände der Mark Brandenburg zügelten jedoch den fürstlichen Aktivismus. Sie verweigerten den Ambitionen des Kurfürsten in Kleve ihre Unterstützung, was für Johann Sigismund ein großes Problem darstellte, da Steuern und Bündnisse ihrer Zustimmung bedurften. Aus seiner Sicht hatten die Stände auf ihre Verantwortung für die Landesverteidigung verzichtet. Angesichts der Herausforderungen des frühen 17. Jahrhunderts

hatten sie, wie er fand, ihre Köpfe buchstäblich in den märkischen Sand gesteckt. Wenn Preußen jemals ein Hauptakteur auf der europäischen oder auch nur der deutschen Bühne werden sollte, würde man dieses Problem lösen müssen. Später im Jahrhundert war sich Johann Sigismunds Nachfolger, Georg Wilhelm, nur allzu deutlich bewusst, dass er rundum eingekreist war, aber kaum in der Lage, seine verstreuten Lande zu schützen oder auch nur deren Stände dazu zu bewegen, ihren Beitrag zur Verteidigung zu leisten. »Ich gräme mich«, klagte er im Juli 1626, »dass man meine Lande also verdorben und ich so gering geachtet und verhöhnt werde; alle Welt muss mich für eine feige Memme halten ...«<sup>103</sup>

### Die Schwäche des Heiligen Römischen Reiches

Das stärkste Argument gegen eine politische Beteiligung der Stände lieferten jedoch die Vorgänge im Heiligen Römischen Reich selbst, dem es weder gegenüber den Türken noch gegenüber den Franzosen gelang, seine Kräfte zu mobilisieren. So blieb zum Beispiel ein Reichstag, den Kaiser Friedrich III. aus dem Hause Habsburg 1454 in Frankfurt am Main abgehalten hatte, um einen Kreuzzug gegen die Türken auf die Beine zu stellen, völlig folgenlos. Stattdessen warfen die deutschen Fürsten den verzweifelten ungarischen Abgesandten vor, »da sie unfähig seien, ihr Königreich zu verteidigen, wollten sie nun Deutschland mit ihren Problemen belästigen«.<sup>104</sup> Als die Türken im Sommer 1480 ihren Vormarsch wiederaufnahmen und auf Graz vorstießen, konstatierte der Reichstag sarkastisch, vom Kaiser seien »bisher [nur] lange Reden der Türken halber« zu hören gewesen.<sup>105</sup> Und Friedrichs Sohn und Nachfolger Maximilian war gezwungen, Burgund an Frankreich abzutreten. Wo man auch hinschaute, versäumte es das Reich, geschlossen auf Bedrohungen an seinen Grenzen zu reagieren.

Aus Unzufriedenheit über die Behandlung durch äußere Mächte unternahmen deutsche Reformer wiederholt den Versuch, das Heilige Römische Reich durch verstärkte politische Teilhabe an Reichsinstitutionen, insbesondere dem Reichstag, neu zu beleben. Doch sie scheiterten. Auf dem Reichstag in Frankfurt am Main im Juli 1489 fanden sie sich

unter Führung Berthold von Hennebergs, des Erzbischofs von Mainz, zusammen.<sup>106</sup> Henneberg hatte binnen weniger Jahre den »gemeinen Pfennig« eingeführt, eine an den Kaiser zu entrichtende gemischte Grund-, Einkommens- und Kopfsteuer. Dies hatte ihm den Auftrag eingebracht, den »allgemeinen Landfrieden« im Reich aufrechtzuerhalten und die Reichsgerichte zu reformieren; um im Ausland ehrfurchtgebietend zu wirken, musste das Reich im Innern befriedet sein. Der Kaiser wurde verpflichtet, in militärischen Dingen den Empfehlungen des »Reichsrats« zu folgen – der seinerseits dem Reichstag verantwortlich war. Mit anderen Worten, wie in der Mitte des 15. Jahrhunderts in England beanspruchte auch das deutsche Reichsparlament, an Entscheidungen in Fragen der Gesamtstrategie beteiligt zu werden. Der nächste Schritt bestand darin, das Haus militärisch in Ordnung zu bringen. Auf dem Reichstag in Augsburg im Jahr 1500 wurde das Reich in zehn »Kreise« eingeteilt, denen die Aufgabe übertragen wurde, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten und die Mobilisierung gegen äußere Feinde zu gewährleisten. Dies war nicht nur im Ansatz ein System der kollektiven Sicherheit in Deutschland, sondern auch ein potentiell Vehikel nationaler Einheit gegenüber der Außenwelt.<sup>107</sup>

Im frühen 16. Jahrhundert hatte es für einen Augenblick den Anschein, als würde sich der Reichsrat, dem Maximilians militärische Schwerpunktsetzung auf Italien widerstrebte, durchsetzen. Seine Mitglieder bildeten eine »Kurfürsten-Union«, die beschloss, als Reichstag zusammenzutreten, um Reformen in Gang zu setzen – wenn nötig, auch ohne den Kaiser. Deutschland schien kurz davor zu stehen, entweder unter dem Kaiser oder unter dem Reichstag eine wie auch immer gear-tete größere nationale Einheit zu erlangen. In der Praxis indes blockierten sich beiden Seiten gegenseitig, mit der Folge von Lähmung und Stagnation. Die Stände erwiesen sich als geschickt genug, dem Kaiser die Flügel zu stützen, waren aber unfähig, eine wahrhaft nationale Alternative zu schaffen. Das Experiment des Rats verlief rasch im Sand. Die Bedrohungen, mit denen das Reich von Seiten der Franzosen, der Osmanen und Ungarn konfrontiert war, waren weder einzeln noch zusammengenommen jemals groß genug, um die deutschen Stände dazu zu bewegen, ihre Freiheit an eine mächtige Exekutive abzutreten. Jedoch

hatte Deutschland Anfang des 16. Jahrhunderts genügend Merkmale eines Einheitsstaats erlangt, um die vor ihm liegenden Stürme besser zu überstehen, als es vorher der Fall gewesen wäre.<sup>108</sup>

Den neuen osmanischen Ansturm unter Suleiman dem Prächtigen nahm das Reich weiterhin gelassen hin. Mehrfach ignorierte der Reichstag Hilfsersuchen: 1521 von König Ludwig II. von Ungarn an den Reichstag in Worms, ein Jahr später vom kroatischen Adel an den Reichstag in Nürnberg. Vergebens forderte Ferdinand von Österreich die Deutschen auf, der tapferen christlichen Nation der Kroaten, die als Bollwerk für Innerösterreich diene, zu helfen.<sup>109</sup> In den Augen der versammelten Fürsten, Städte und Geistlichen war die Gefahr weit entfernt, und das »Trittbrettfahren« bei den Kroaten und Ungarn erschien ihnen weiterhin als bequeme Lösung. In der umfangreichen Streitschriftenliteratur war man sich einig darüber, dass die Türken keine unmittelbare Bedrohung der Freiheiten im Reich darstellten. Stattdessen wurde angedeutet, die Habsburger würden die osmanische Gefahr benutzen, um eine tyrannische Innenpolitik voranzutreiben. Die Niederlage Ungarns in der Schlacht bei Mohács zog zwar die Aufmerksamkeit auf das Problem, aber nur kurzzeitig und ohne Folgen. In den 1530er und 1540er Jahren entsandte das Reich mit wechselndem Erfolg mehrere Heere nach Ungarn. Doch letztlich war der Reichstag nie besorgt genug oder ausreichend organisiert, um die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Erneut wurde eine Gelegenheit versäumt, Deutschland bei der Abwehr einer äußeren Bedrohung zu vereinigen.

Im späten 16. Jahrhundert versuchte der oberste kaiserliche Militärbefehlshaber Lazarus von Schwendi, die militärische Schwäche des Reiches zu überwinden. Er fürchtete, konfessionelle und politische Gegensätze könnten im »armen Vaterland« das »Feuer des Misstrauens und der Zertrennung« entzünden, und Protestanten und Katholiken könnten äußere Mächte zu Hilfe rufen. 1569 warnte er, eine spanische Einmischung würde zu »innerlichen krieg« und letzten Endes zu »zertrennung und zerstörung des Reiches und [zum] gantzlichen undergang der teütschen wolfart« führen. Deshalb verlangte er, dass Deutschland sein gesamtes Potential mobilisieren sollte, um den Zusammenhalt des Reiches zu schützen. Sofern äußere Mächte davon abgehalten werden

konnten, Deutsche durch die ungehinderte Söldnerrekrutierung zu prostituieren, sah Schwendi sogar eine Zeit kommen, in der das Reich in der Lage wäre, gegenüber »fremdben potentaten« ein Machtwort zu sprechen und in Europa eine *Pax Germanica* zu schaffen. Versäumte man zu handeln, mahnte er, überantwortete man das Reich einem »jamerlichen untergang« nach Byzantiner Vorbild. Zu den Vorschlägen, die er 1570 dem Reichstag zu Speyer vorlegte, gehörte die Aufstellung eines stehenden Reichsheeres, das unter dem Oberkommando des Kaisers die kollektive Sicherheit gewährleisten sollte. Außerdem hoffte Schwendi, durch Toleranz gegenüber den Protestanten zu erreichen, dass sich die deutsche Öffentlichkeit geschlossen hinter eine gemeinsame Anstrengung zur Abwehr der Türken stellen würde. Doch das Misstrauen der Fürsten gegenüber dem Kaiser war mittlerweile größer als ihre Furcht vor den Osmanen, und so machten sie diesen Versuch, Katholiken und Protestanten gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen, zunichte. Deutschland blieb militärisch ein Zwerg.<sup>110</sup>

### Die koloniale Expansion

Auch die Expansion Europas wurde vom Kampf um die Vorherrschaft angetrieben. Am Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts setzten Ferdinand II. von Aragón und Isabella von Kastilien sowie die portugiesischen Herrscher ihren Kreuzzug gegen die Mauren südwärts nach Nordafrika hinein fort und nahmen dort eine Reihe von Exklaven ein, um zu verhindern, dass die Osmanen eine Basis für einen Angriff auf die Südküste der Iberischen Halbinsel errichten konnten. Die ersten Entdeckungsreisen dienten demselben Zweck. Ab Mitte der 1480er Jahre versuchte Christoph Kolumbus, die Monarchen von Portugal und Spanien von der Idee einer Atlantikroute nach Indien zu überzeugen. Selbstverständlich waren Kolumbus und die anderen Entdecker sowie ihre Förderer auch von Abenteuerlust und dem Streben nach Reichtum und Ruhm motiviert. Endzweck des Abenteuers war jedoch ein Angriff auf die ungeschützte osmanische Flanke mit dem Ziel, Jerusalem zurückzuerobern, eine Mission, die Kolumbus mit immer chiliastischeren For-

mulierungen beschwor, denn durch die Eroberung von neuem Land in Übersee sollte nicht nur eine neue Front gegen die Osmanen errichtet werden; vielmehr sollten auch die für die Rückeroberung des Heiligen Landes nötigen Ressourcen beschafft werden.<sup>111</sup>

Kolumbus stach 1492 im Auftrag von Ferdinand und Isabella in See. Laut Bartolomé de Las Casas, dessen Vater und Onkel mit Kolumbus gesegelt waren, hatte er die Königin vor der Abreise gebeten, »sie möge geloben, alle Reichtümer, die durch seine Entdeckung den Königen zufielen, dafür aufzuwenden, das Land und das Heilige Grab in Jerusalem zurückzugewinnen«. <sup>112</sup> Anstatt Asien zu erreichen und Verbündete gegen die Moslems zu finden – und sich einen Anteil an den Reichtümern des Orients zu sichern –, ging Kolumbus jedoch in der Karibik an Land, wo er umgehend eine spanische Kolonie errichtete. Die Eingeborenen wurden logischerweise »Indianer« genannt, eine Bezeichnung, die bis spät ins 20. Jahrhundert in Gebrauch blieb. Die europäische Entdeckung Amerikas war also, kurz gesagt, eine Folge des Kampfes um die Vorherrschaft mit dem Islam, so, wie die nachfolgende Kolonisierung von der Rivalität zwischen den westlichen Mächten vorangetrieben wurde.

Unterdessen erkundeten die Portugiesen die Westküste Afrikas. Um zu verhindern, dass die beiden iberischen Mächte auf ihren Kreuzzugsunternehmen miteinander in Streit gerieten, ebnete der Papst den Weg für den im Juni 1494 geschlossenen Vertrag von Tordesillas, der die Neue Welt zwischen ihnen aufteilte. Er sprach Spanien das Gebiet westlich einer dicht an den Kapverdischen Inseln vorbeilaufenden Linie zu, während Portugal das Gebiet östlich dieser Linie erhielt. 1497/98 segelte der portugiesische Entdecker Vasco da Gama um das Kap der Guten Hoffnung herum und erkundete, an der ostafrikanischen Küste entlangfahrend, eine praktischere Route nach Indien.<sup>113</sup> Als Kolumbus 1502 zu seiner vierten Reise auf der Suche nach einem westlichen Seeweg nach Indien aufbrach, rechnete er damit, in einer Art Zangenbewegung mit Vasco da Gama zusammenzutreffen. Binnen weniger Jahre überfielen portugiesische Freibeuter im Persischen Golf und im Roten Meer moslemische Schiffe und verursachten erhebliche ökonomische Verwerfungen. Damit war die beabsichtigte Einkreisung der Osmanen zumindest ansatzweise zur Realität geworden.

Der Errichtung des spanischen Überseereichs lagen ebenfalls europäische Imperative zugrunde, in erster Linie die Notwendigkeit, die Ressourcen der Neuen Welt und das Prestige, das ihr Besitz verlieh, einzusetzen, um das Gleichgewicht auf dem alten Kontinent zu bestimmen. 1519 eroberte Hernán Cortés Mexiko und dessen Silber für die spanische Krone.<sup>114</sup> Dies machte die Habsburgermonarchie zu einem Königreich, in dem, wie der Dichter Ludovico Ariosto bemerkte, die Sonne niemals unterging.<sup>115</sup> Die Neue Welt war ein immer wichtiger werdender Faktor im Machtgleichgewicht, der aber europäischen Erwägungen vollständig untergeordnet war. Das spanische Kolonialreich nahm relativ wenig der Zeit Karls V. in Anspruch; seine Hauptfunktion bestand darin, die Ressourcen zu liefern, mit denen Ziele in der Alten Welt verwirklicht werden konnten. Ein ums andere Mal wurden mit Gold und Silber aus der Neuen Welt – die ein Fünftel der gesamten Staatseinnahmen ausmachten – entweder Feldzüge gegen Franzosen, Türken oder deutsche Fürsten finanziert, oder es wurde als Sicherheit hinterlegt, gegen die der Kaiser bei der Großbank Fugger in Augsburg Darlehen aufnahm. Als beispielsweise in einem Jahr Edelmetalle im Wert von fast zwei Millionen Escudos aus Peru nach Europa gebracht wurden, war der größte Nutznießer Deutschland, gefolgt von den Niederlanden. Auch an seinen Reisen kreuz und quer durch sein Reich sind Karls Prioritäten abzulesen: Er reiste siebenmal nach Italien, viermal nach Frankreich sowie je zweimal nach England und Afrika und hielt sich sechsmal für längere Zeit in Spanien auf, aber Flandern und Deutschland bereiste er nicht weniger als neunzehnmal; in Amerika war er dagegen nicht ein einziges Mal. Sein imperialer Status gründete auf dem Imperium Romanum, nicht auf der globalen Ausdehnung seiner Lande.<sup>116</sup> Kurz, nicht das entstehende spanisch-amerikanische, sondern das Heilige Römische Reich bot den imperialen Rahmen, in dem Karl V. seinen Ehrgeiz zu verwirklichen trachtete.<sup>117</sup>

Auch der von Elisabeth I. in Gang gesetzten Seeoffensive gegen Spanien lagen europäische Erwägungen zugrunde. Das koloniale Gleichgewicht oder dessen Fehlen wurde als Bestandteil des gesamten Machtgleichgewichts wahrgenommen. »Wer über das Meer herrscht«, erklärte der englische Seefahrer und Abenteurer Walter Raleigh, »beherrscht

den Handel; wer den Handel der Welt beherrscht, herrscht über die Reichtümer der Welt und folglich die Welt selbst.« Das Ansehen und die Finanzkraft, die Philipp als König von Neu-Spanien genoss, bildeten eine wichtige Komponente seiner europäischen Machtstellung.<sup>118</sup> So bemerkte Richard Hakluyt 1584 in seinem gefeierten *Discourse on the Western Planting*, Karl V. habe »mit diesem großen Schatz ... vom französischen König das Königreich Neapel, das Herzogtum Mailand und all seine anderen Besitzungen in Italien, der Lombardei, Piemont und Savoyen erworben«. Elisabeth finanzierte zwischen 1577 und 1580 Francis Drakes Reisen nicht als ersten Schritt auf dem Weg zu einem eigenen Überseereich, sondern um die Zufuhr von Edelmetallen, mit denen Philipps Armeen in Flandern bezahlt wurden, zu unterbrechen. Ganz ähnlich gehörte das Argument, dass mit amerikanischem Gold und Silber nicht nur spanische Unternehmungen in Europa, sondern auch das Vorgehen des Kaisers gegen deutsche Protestanten bezahlt wurde, bei Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges in England zu den Grundelementen des strategischen Denkens. Benjamin Rudyerd erklärte 1624 im Unterhaus, Spanien selbst sei »arm an Menschen und bar aller Naturschätze«; sein »unermesslich ehrgeiziges Verlangen nach der Welt-herrschaft« werde allein von »seinen Minen auf den Westindischen Inseln« gespeist.<sup>119</sup> Nach Ansicht eines anderen Abgeordneten konnte man der bedrängten Pfalz am besten dadurch helfen, dass man »den Schiffsverkehr des Königs von Spanien an seiner Küste vernichtet« und »den Nachschub seiner Münzen unterbricht«.<sup>120</sup> Der Zusammenhang zwischen Überseereich, der Sicherheit von Englands kontinentalem Bollwerk und letztlich derjenigen des Königreichs selbst bildete eine Konstante in der strategischen Diskussion der nächsten anderthalb Jahrhunderte.

Die Kolonisierung der Neuen Welt war zugleich weitgehend eine Verlängerung des europäischen Konflikts.<sup>121</sup> Die Puritaner, die in den 1620er Jahren England verließen, um sich schließlich in Massachusetts niederzulassen, wandten sich nicht von der Alten Welt ab. Ganz im Gegenteil. Von England und dann in zunehmendem Maß auch von den Vereinigten Niederlanden enttäuscht, betrachteten sie Amerika als Ort, an dem sie den Triumph über den »Antichrist«, das heißt die Habsburger in Europa,

vorbereiten konnten. Sie beteten für Reformen in England, für die Verbesserung des »elenden Zustands der Kirchen in Deutschland« und dafür, dass der Protestantismus dort den Sieg davontragen möge. »Die Neuigkeiten aus Böhmen sind schlecht«, bemerkte John Winthrop 1621, einige Jahre, bevor er sich auf die Reise nach Massachusetts machte. Die Kolonisten verfolgten die Nachrichten, die sie vom Kontinent erreichten, aufmerksam, insbesondere jene aus Genf, Frankfurt am Main, Leiden, Heidelberg und Straßburg sowie aus England. Sie sorgten sich um die Pfalz und bejubelten die Siege Gustav Adolfs. Manche von ihnen, wie Gouverneur Winthrops Sohn Stephen, kehrten über den Ozean zurück, um im englischen Bürgerkrieg auf der Seite des Parlaments zu kämpfen, auch wenn sie nur begrenzt praktische Hilfe leisten konnten.<sup>122</sup> Stattdessen sollten die Puritaner, wie John Winthrop es ausdrückte, »wie eine strahlende Stadt auf dem Berge« sein. »Die Augen aller Menschen sind auf uns gerichtet«, versicherte er. Damit pries er nicht die Abgeschiedenheit der Kolonisten, sondern im Gegenteil ihre Zugehörigkeit zur Christenheit, sprich Europa, und die daraus erwachsende Verpflichtung, sowohl durch ihr Beispiel als auch durch ihre Anstrengungen zur Erlösung der Alten Welt beizutragen. So waren die amerikanischen Siedler, die Verfechter des Parlamentarismus in England und die europäischen Protestanten in einer großen Schicksalsgemeinschaft verbunden.<sup>123</sup>

### Augsburger Religionsfriede und Westfälischer Friede

Die zentrale Rolle Deutschlands spiegelte sich in der Tatsache wider, dass es in den beiden bedeutendsten europäischen Verträgen um die Zukunft des Heiligen Römischen Reichs ging. Im September 1555 einigte sich Karl V. mit den deutschen Protestanten auf den Augsburger Reichs- und Religionsfrieden. Er war gezwungen, den riesigen dynastischen Trust der Habsburger in zwei getrennte Zweige aufzuteilen, den spanischen und den österreichischen. Anschließend gab er seine Territorien in der umgekehrten Reihenfolge ihres Erwerbs auf, indem er zunächst 1555 zugunsten Philipps als König von Spanien abdankte und bald darauf auch seinen wichtigsten Titel, den des Kaisers des Heiligen Römischen

Reichs, ablegte. Zwei Jahre später wurde sein langmütiger Bruder Ferdinand zum Kaiser gewählt. Damit waren die spanischen Habsburger vom Reich getrennt. Erst zur Zeit Napoleons sollte wieder ein einziger Mann über einen so großen Teil von Europa herrschen. Im Augsburger Frieden wurde auch der Grundsatz *cuius regio, eius religio* festgeschrieben, nach dem die Bevölkerung eines Territoriums die Religion des regierenden Fürsten annehmen sollte. Außerdem sanktionierte er die »Säkularisation« von Ländereien, die protestantische Fürsten vor 1552 den Kirchen genommen hatten, und proklamierte die Gleichberechtigung von Luthertum und Katholizismus, allerdings unter Ausschluss des Calvinismus. Dies genügte, um in Deutschland und damit im größten Teil Mitteleuropas, wenigstens für den Augenblick, wieder Frieden einkehren zu lassen.

In ähnlicher Weise war auch der Westfälische Frieden von 1648, mit dem das gesamteuropäische Ringen zwischen Frankreich, Schweden, dem Reich und vielen anderen Mächten beendet wurde, ein deutscher Vertrag. Sein Abschluss war lange hinausgezögert worden, da keiner der Protagonisten sich in der Lage fühlte, einen »ehrlichen« und ehrenhaften Frieden zu schließen.<sup>124</sup> Spanien versuchte hartnäckig, die Einheit des Casa de Austria und damit die strategische Kooperation mit Wien aufrechtzuerhalten, weshalb es einer separaten deutschen Einigung ablehnend gegenüberstand, insbesondere dann, wenn Frankreich seine Eroberungen im westlichen Teil des Reiches behalten durfte.<sup>125</sup> Der Kaiser hoffte, Schweden und Frankreich im Zuge eines Friedensschlusses aus deutschen Angelegenheiten heraushalten zu können und seinerseits in Deutschland so viel kaiserliche Autorität zu bewahren wie möglich.<sup>126</sup> Frankreich wollte den spanischen Einfluss in Deutschland ausschalten und so die seit langem bestehende »Einkreisung« aufbrechen, um die Macht des Kaisers zu verringern, die gleichzeitig durch die förmliche Anerkennung des Rechts der Reichsfürsten, ausländische Bündnisse einzugehen, geschwächt werden sollte. Darüber hinaus sollte, wenn möglich, durch die Verhinderung der habsburgischen Thronfolge die Verbindung zwischen Habsburg und Kaiserkrone gekappt werden.<sup>127</sup> In Deutschland selbst wurden die Verhandlungen lange Zeit dadurch aufgehalten, dass der Kaiser den Ständen – die er als Vasallen betrachtete – die

Teilnahme an den Gesprächen mit den Franzosen verweigerte. Aber die Fürsten waren sich in der Mitte der 1640er Jahre, obwohl untereinander noch genauso verfeindet wie zur Jahrhundertwende, doch darin einig, den Zusammenhalt des Reiches gegenüber äußerer Einmischung zu stärken. So beklagte sich der bayerische Kurfürst, das »Spectaculo«, zu dem Deutschland herabgewürdigt worden sei, könne nur dazu führen, »daß nach vollkommenen Interitum aller Chur-Fürsten und Stände, etliche Könige und Potentaten de dividendo Imperio [über die Aufspaltung des Reiches] sich vergleichen würden«. <sup>128</sup>

Am Ende zwang die sich verschlechternde militärische Lage Habsburgs die Kaiserlichen, in Schlüsselfragen nachzugeben, insbesondere, was das Recht der deutschen Fürsten betraf, mit ausländischen Mächten zu verhandeln. <sup>129</sup> Auch die Franzosen steckten zurück, denn es gelang ihnen nicht, die habsburgische Thronfolge im Reich auszuschließen. 1648 wurde der Krieg in Deutschland mit der Unterzeichnung der Verträge von Münster und Osnabrück endlich beendet; der französisch-spanische Konflikt ging jedoch weiter. Dieser Westfälische Friede, wie die Verträge zusammen genannt werden, wurde von Generationen von Völkerrechtlern und Theoretikern auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen als Durchbruch der modernen Konzepte von Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten interpretiert. <sup>130</sup> In Wirklichkeit hatten die Verträge den Zweck, den deutschen Fürsten eine unumschränkte Souveränität zu verwehren, die den konfessionellen Frieden im Reich und damit das gesamte europäische Gleichgewicht hätte gefährden können. Außerdem sollten sie ausschließen, dass Deutschland unter einer kaiserlichen Autorität – ob von innen oder außen –, die Anspruch auf eine Universalmonarchie über die gesamte Christenheit erheben konnte, vereint wurde. Kurz, das Reich sollte stark genug sein, um verhindern zu können, dass die Deutschen übereinander herfielen oder ausländische Mächte eindringen, aber auch nicht so mächtig, dass es zu einer Bedrohung für die europäische Ordnung werden konnte.

Diese umfassende Friedensordnung sollte durch eine Reihe miteinander zusammenhängender geopolitischer, konstitutioneller, weltanschaulicher und konfessioneller Klauseln erreicht werden. Territorial

betrachtet, bedeuteten die vom Westfälischen Frieden herbeigeführten – oder bestätigten – Veränderungen eine tiefgreifende Umgestaltung des europäischen Staatensystems. Spanien erkannte schließlich die Unabhängigkeit der Vereinigten Niederlande an und hielt nur noch an Flandern und der Wallonie fest (den Spanischen Niederlanden). Schweden gewann Westpommern – das seine Südküste vor Angriffen schützte – sowie die Bistümer Bremen und Verden und damit drei Stimmen im deutschen Reichstag. Die Pfalz wurde geteilt: Die Oberpfalz blieb beim katholischen Bayern (das seine neue Kurstimme behalten durfte), während die wegen ihrer Lage beiderseits der »Spanischen Straße« wichtige Unterpfalz zusammen mit der Kurstimme an den Protestanten Karl Ludwig zurückfiel. Damit gab es jetzt acht Kurfürsten. Als bedeutendes Zugeständnis von Seiten des Kaisers wurde den deutschen Fürsten durch den Friedensvertrag zum ersten Mal ausdrücklich gestattet, selbständig Bündnisse mit ausländischen Mächten zu schließen, allerdings »dergestalt[,] daß solche Bündnissen nicht wider die Röm. Käys. Mayst. das Reiche vnd dessen öffentlichen Frieden ... fallen«. <sup>131</sup> Dagegen wurde die französische Hoffnung, die Habsburger von der Kaiserkrone trennen zu können, enttäuscht. Aber auch der österreichisch-spanische Traum einer Universalmonarchie, wie real oder imaginär sie gewesen wäre, war geplatzt. Der Geist Karls V. war zur Ruhe gebettet worden.

Die Verträge regelten die Koexistenz dreier großer Konfessionen – der römisch-katholischen, der lutherischen und der reformierten (kalvinistischen). Im neuen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation mussten religiöse Probleme – und folglich auch alles andere von Belang – eher durch Kompromisse zwischen katholischen und protestantischen Reichstagsmitgliedern als durch Mehrheitsentscheidungen gelöst werden. Innerhalb der einzelnen Territorien waren die Herrscher gehalten, bestimmte Rechte zu achten, einschließlich des Rechts zu konvertieren, und wenn sie selbst die Religion wechselten, durften sie ihre Untertanen nicht mehr zwingen, es ihnen gleichzutun. Religiösen Minderheiten, die 1624 – das man zum Normaljahr erklärt hatte – toleriert worden waren, wurde auch in Zukunft Toleranz garantiert; darüber hinaus durfte ihren Mitgliedern nicht der Zugang zu bestimmten öffentlichen Ämtern verwehrt werden. <sup>132</sup> Die geopolitischen und weltanschaulichen Vertrags-

klauseln waren eng miteinander verknüpft. Sowohl Schweden als auch Frankreich waren zur Verteidigung der »deutschen Freiheit« in den Krieg eingetreten, da sie diese als wesentlichen Faktor ansahen, der Habsburg daran hinderte, das Reich zu überrennen und ihre eigene Freiheit und Sicherheit zu bedrohen. Diesen Zusammenhang hatte der schwedische Unterhändler Johan Adler Salvius im Sinn, als er erklärte, »die Ostsee were der Grabe, Pommern und Mecklenburgk aber were ein staat Contrescarpe, der andern Reichsstände Länder weren so zu reden die außen Wercke [Schwedens]«. <sup>133</sup> Der schwedische Kanzler Oxenstierna fügte hinzu, sein Ziel sei es, »die Teutsche libertet widerzubringen ... und also das aequilibrium in ganz Europa nach möglichkeit zu conserviren«. <sup>134</sup> Zeitgenossen sahen also einen direkten Zusammenhang zwischen innerer Freiheit, Machtgleichgewicht und Interventionsrecht. Deshalb bestanden sowohl Frankreich als auch Schweden darauf, als Garantiemächte des Reiches und der Freiheit seiner einzelnen »Lande« anerkannt zu werden. Kurz, der Westfälische Friede war nichts anderes als eine Interventionscharta: Aufgrund des konfessionellen Ausgleichs im *Innern* der deutschen Fürstentümer und der Unterstellung der gesamten deutschen Regelung unter internationale Garantie bildeten die Verträge während des gesamten 17. und 18. Jahrhunderts einen Hebel für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches und seiner Territorien. <sup>135</sup>

Deutschland war durch das Erlebnis des Bürgerkriegs traumatisiert und durch die freie Bewegung ausländischer Heere – spanischer, dänischer, schwedischer, französischer, um nur die wichtigsten zu nennen – auf seinem Territorium gedemütigt. <sup>136</sup> Gewiss hatten andere Gebiete auch gelitten, aber keines so sehr wie Mitteleuropa, und das deutsche Schicksal wurde als besonders grausam empfunden. <sup>137</sup> Die Schäden waren zwar nicht gleichmäßig verteilt; manche Regionen waren verwüstet, während andere nahezu unversehrt geblieben waren. <sup>138</sup> Aber die Bevölkerung des Heiligen Römischen Reichs war von 21 auf etwas mehr als 13 Millionen Menschen geschrumpft; einen Menschenverlust in dieser prozentualen Größenordnung hat kein Konflikt vorher oder nachher auch nur annähernd gefordert. Die Lage des Landes in der Mitte Europas war beinahe einem kollektiven Todesurteil gleich-

gekommen, und beim Erzählen und Wiedererzählen nahm das Grauen immer schrecklichere Ausmaße an. Am Ende der 1640er Jahre standen Fürsten, Bürger und Bauern gleichermaßen einer alptraumhaften Szenerie gegenüber: verwüstete Landschaften, verstümmelte Leichen, entvölkerte Dörfer, vergiftete Brunnen. Dennoch zogen sie höchst unterschiedliche Lehren aus dem Geschehen. Einig war man sich darin, dass das Reich erhalten bleiben sollte, um Deutschland vor ausländischer Vorherrschaft (und sich selbst) zu schützen. Doch damit war die Einigkeit auch schon erschöpft. Sollten die deutschen Fürstentümer ihre mächtigeren Nachbarn beschwichtigen und Konflikte vermeiden, oder sollten sie nach innerem Zusammenhalt und militärischer Stärke streben, um sie abzuschrecken? War die »deutsche Freiheit« stärker durch die Deutschen selbst oder durch ausländische Mächte gefährdet, die zu ihrem Schutz intervenierten?

### Zwischenbilanz

1648 hatte der zweihundertjährige Kampf um die Vorherrschaft in Europa zu einem Patt geführt. Keine Macht war in der Lage, das Heilige Römische Reich und damit den Kontinent insgesamt zu dominieren, weder Karl V. noch Franz I., Heinrich VIII., Suleiman der Prächtige, Philipp II., Philipp III. oder das Frankreich von Richelieu und Mazarin, und Holländer und Deutsche sahen ihre Hoffnung auf einen protestantischen Kaiser oder zumindest darauf, die Habsburger vom Kaiserthron stoßen zu können, enttäuscht. Es gab keine klaren Sieger und Verlierer. England war unter Heinrich VIII. und Elisabeth I., nachdem es in der Mitte des 15. Jahrhunderts auf demütigende Weise aus Frankreich hinausgeworfen worden war, mit Macht auf die politische Bühne Europas zurückgekehrt, und nach langer Abwesenheit unter Jakob I. und Karl I. sollte es sie unter Cromwell erneut betreten. Frankreich war aus einem verheerenden Religionskrieg als führendes Land des Kontinents hervorgegangen. Dagegen hatte die spanische Macht in Mitteleuropa und den Niederlanden den Zenit überschritten. Die österreichischen Habsburger hatten sich die »deutsche Mission« gegen die Türken zu eigen gemacht, aber

Mühe, dies in eine beherrschende Stellung im Reich umzumünzen. Von der europäischen Peripherie war Schweden plötzlich als Hauptakteur in den Mittelpunkt des Geschehens gerückt und zum Schwergewicht im umfassenden Machtgleichgewicht aufgestiegen. Währenddessen war der osmanische Vormarsch nach Mitteleuropa zum Stillstand gekommen, konnte aber jederzeit wieder aufgenommen werden. Außerdem hatte sich die Rivalität der Großmächte über Europa hinaus ausgeweitet, von Kolumbus' Versuch, die Osmanen zu umgehen, bis zur Entwicklung neuer Welten in Amerika und Asien, mit dem Ziel, die Alte Welt zu dominieren oder ein Gegengewicht zu ihr zu schaffen.

All dies hatte überall in Europa tiefgreifende innere Veränderungen zur Folge, da die Staaten ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen versuchten. In England und den Vereinigten Niederlanden förderte dieser Prozess die Zunahme der politischen Teilhabe, während sie in Frankreich, Spanien und vielen anderen Ländern geschwächt wurde. Auch das Gemeinwesen im Zentrum des europäischen Systems, das Heilige Römische Reich, unternahm sporadische Anstrengungen, seine militärische Stellung zu verbessern; am Ende war es jedoch praktisch neutralisiert, zum einen, weil die Deutschen sich untereinander nicht trauten, zum anderen, weil die Nachbarmächte sicherstellen wollten, dass die deutschen Ressourcen nicht gegen sie verwendet werden würden. Innere und äußere Faktoren waren hier unauflöslich miteinander verflochten. Daher erhielt das Reich in Münster und Osnabrück eine Verfassungsstruktur, welche die politischen Ambitionen der Deutschen mit den Erfordernissen des internationalen Staatensystems versöhnen sollte. Die im Reichstag und den einzelnen »Landen« geforderte »deutsche Freiheit« war gewahrt worden. Es blieb indes abzuwarten, ob weiterer Druck durch den Kampf um die Vorherrschaft in Europa in Deutschland ein parlamentarisches System nach englisch-niederländischem Vorbild oder einen stärker monarchisch geprägten Staat nach französischem oder spanischem Muster hervorbringen würde und ob die Tendenz zu Fragmentierung und äußerer Einmischung, die das Land in den vergangenen zweihundert Jahren zur Genüge erlebt hatte, weiterwirken würde.

## 2

# SUKZESSIONEN

1649–1755

»Das Reich ist das Haupt-Glied, Deutschland das Mittel von Europa ... Deutschland ist der Ball, den einander zugeworfen, die um die Monarchie gespielt, Deutschland ist der Kampfplatz, darauf man um die Meisterschaft von Europa gefochten hat.«  
*Gottfried Wilhelm Leibniz*<sup>1</sup>

»[Es stellt sich die Frage], ob zu befürchten sei, dass die Anschläge des Kaisers auf die Autorität der Reichsfürsten nicht die Gestalt der Regierung des Reiches in dem Maße ändern werden, dass es eine Monarchie werden und der Kaiser sich zum absoluten Herrscher Deutschlands erheben könnte, was in der Tat das Gleichgewicht in Europa umstürzen würde.«

*Ein premier commis des französischen Außenministeriums, 1729*<sup>2</sup>

### Panorama

Der Frieden, den die Westfälischen Verträge dem mitteleuropäischen Staatensystem brachte, währte nicht lange. Das Heilige Römische Reich – und die Kaiserkrone – blieb in der internationalen Arena der Hauptankampfplatz. Konfessionelle Unterschiede spielten weiterhin eine bedeutende Rolle, im Reich wie in Europa insgesamt, und führten wiederholt zu Konflikten.<sup>3</sup> Im Zentrum all dieser Konflikte stand ein Komplex aus machtpolitischen und dynastischen Sukzessionen, von denen die meisten von erheblicher Bedeutung für Deutschland waren. Im Lauf der nächsten hundert Jahre stritten sich die Europäer unter anderem darüber, wie das von Spanien im Reich hinterlassene Vakuum gefüllt werden sollte, ferner über die Erbfolge in Spanien selbst sowie über die Aufteilung der Besitzungen Schwedens in Deutschland und im Ostseeraum nach dessen raschem Niedergang. Konkret rangen sie um eine Reihe dynastischer Nachfolgeregelungen: in mehreren kleinen, aber

strategisch wichtigen deutschen Fürstentümern, auf dem Kaiserthron, auf den Thronen von England, Schottland und Irland sowie auf denen von Spanien und Polen und schließlich an der Spitze des gesamten österreichisch-habsburgischen Konglomerats. Jede dieser Streitigkeiten löste einen langwierigen, erbittert geführten Krieg aus, der grundsätzlich das Heilige Römische Reich betraf und hauptsächlich auf seinem Territorium ausgefochten wurde.

### **Die Verfassungspraxis des Reiches nach dem Westfälischen Frieden**

Nach 1648 wurde die durch den Westfälischen Frieden eingeführte Reichsverfassung nicht nur de facto, sondern auch formell zum Dreh- und Angelpunkt des europäischen Machtgleichgewichts. Die im Reichstag vertretenen Stände unterlagen einem System doppelter Intervention. Um zu verhindern, dass die Deutschen übereinander herfielen und dadurch entweder äußere Mächte anlockten oder Aufruhr exportierten, besaß der Reichstag das Recht, gegen Fürsten vorzugehen, die gegen die Bestimmungen des Westfälischen Friedens verstießen oder auf andere Weise Unruhe stifteten und den Frieden in Deutschland und damit in ganz Europa gefährdeten. Daher waren die deutschen Fürsten formal nicht souverän und ihr innenpolitischer Spielraum, außer in den größten Staaten, in der Praxis stark eingeschränkt. In den nächsten hundert Jahren drohte das Reich häufig mit sogenannten Reichsexekutionen und führte sie tatsächlich aus, wenn Fürsten den Religionsfrieden störten, »willkürlich« herrschten oder auf andere Weise darauf abzielten, die Verhältnisse zu erschüttern. In manchen Fällen wurden sie vorübergehend oder endgültig abgesetzt.<sup>4</sup> Überdies stand die Reichsverfassung unter dem Schutz der beiden genannten Garantiemächte Schweden und Frankreich, von denen erwartet wurde, die Interessen von Katholiken beziehungsweise Protestanten zu schützen und beide vor Übergriffen des habsburgischen Kaisers zu bewahren. So konnte Europa als Ganzes beruhigt sein, dass keine Macht das Reich und damit das gesamte Staatensystem dominieren würde.<sup>5</sup>

Gleichzeitig wollten die Deutschen selbst, nachdem sie dreißig Jahre lang erlebt hatten, wie ihr Land als europäische Durchgangsstraße und als europäisches Schlachtfeld benutzt wurde, äußere Einmischung so weit wie möglich ausschließen. Sie stimmten darin überein, dass dies eine einheitlichere Regierungstätigkeit der im Reichstag versammelten Fürsten erforderte. Theoretisch war der Reichstag die Körperschaft, durch die Kaiser und Stände die souveräne Macht des Reiches ausübten. Die in ihm vertretenen Territorien versuchten nun, eine militärische Organisation des Reiches zu schaffen, die den inneren Frieden bewahren und äußere Mächte fernhalten sollte. Die Ausarbeitung dieses Systems wurde zusammen mit allen anderen Fragen, die in Münster und Osnabrück nicht gelöst worden waren, dem nächsten Reichstag, der Mitte der 1650er Jahre in Regensburg tagen sollte, übertragen. Als 1654 der Römische König (und designierte nächste Kaiser) Ferdinand starb, einigten sich die Kurfürsten nach einigem Zögern auf Leopold von Habsburg als Nachfolger und lehnten damit die Kandidatur des jungen Ludwig XIV. ab, die französische Diplomaten und einige kleinere, auf Seiten der Bourbonen stehende deutsche Fürsten ins Gespräch gebracht hatten. Um sich vor einer kaiserlichen Übermacht zu schützen, schloss sich eine große Zahl von Territorien 1658, dem Jahr, in dem Leopold I. zum Kaiser gekrönt wurde, unter der Schirmherrschaft Frankreichs zum Rheinischen Bund zusammen. Von den französischen Gesandten bedrängt, sorgten sie dafür, dass Leopolds Autorität durch eine »Kapitulation« begrenzt wurde, die er als Bedingung seiner Wahl akzeptieren musste.

### Der Fortgang des Französisch-Spanischen Krieges

Angesichts der Konflikte, die an der West- und Nordostgrenze Deutschlands weiterhin tobten, war es dringend geboten, das friedliche Gleichgewicht im Land aufrechtzuerhalten. Der Französisch-Spanische Krieg zog sich nach dem Westfälischen Frieden noch zehn Jahre hin und stürzte das gesamte Gebiet von den Niederlanden bis zur Franche-Comté (Freigrafenschaft) Burgund in Aufruhr. Beendet wurde er durch die Intervention Englands, dessen Lordprotektor, Oliver Cromwell, den protestan-

tischen Kreuzzug in Europa, den das Parlament so lange gefordert hatte, zu seiner obersten Priorität machte – von der er sich nur vorübergehend abwandte, um Irland und Schottland (zurück) zu erobern. Entgegen den Erwartungen weigerten sich die Niederländer jedoch, um der gemeinsamen Sache willen die kolonialen und kommerziellen Zwistigkeiten mit London beizulegen. Sie lehnten sogar das englische Angebot ab, im Gegenzug für ein antihabsburgisches Bündnis das Navigationsgesetz von 1651 aufzuheben, das den gesamten Handel mit der Insel englischen Schiffen vorbehielt. Deshalb war Cromwell gezwungen, 1653/54 zuerst gegen die Vereinigten Niederlande vorzugehen. Nach dem Sieg über sie folgten eine erfolgreiche diplomatische Kampagne und eine humanitäre Marineintervention zugunsten der Vaudois-Protestanten, die unter dem Joch des katholischen Herzogs von Savoyen ächzten. Danach begann Cromwell schließlich den Großangriff auf Spanien, das er immer noch als Hort des Antichrist und Keim der Universalmonarchie betrachtete.<sup>6</sup>

Cromwells Kreuzzug gegen Spanien begann 1655 mit einer Expedition in die Karibik, bei der Jamaika erobert wurde. Strategische Absicht dieses »Westkonzepts« war es nicht, ein neues englisches Kolonialreich zu begründen, sondern Spanien die kolonialen Ressourcen zu entziehen, mit denen es seine europäische Hegemonie aufrechterhielt. Wie der ehemalige westindische Pflanzer Thomas Gage anmerkte, waren »der blühende Zustand und die Stärke des Hauses Österreich (Roms Hauptkraft und Stütze) ... den amerikanischen [Silber-]Minen« zu verdanken, ohne die, wenn man sie den Habsburgern nähme, »Roms dreifache Krone bald herunterfallen und verfaulen« würde.<sup>7</sup> Der Hauptschlag sollte jedoch in Europa erfolgen. Zu diesem Zweck ging Cromwell 1657 ein Bündnis mit Frankreich ein. Auf sein Drängen sagte Mazarin zu, die gegen Hugenotten gerichteten Vorschriften abzumildern. Ein Jahr darauf brachten die verbündeten Armeen den Spaniern in der Schlacht in den Dünen eine vernichtende Niederlage bei, und 1659 einigte sich Madrid mit London und Paris auf den Pyrenäenfrieden, der festschrieb, dass jenes Gebirge, »das von alters her die Gallier von den Spaniern trennt, hinfort die Trennung dieser beiden Königreiche bilden« solle.<sup>8</sup> England annektierte Dünkirchen als kontinentalen Brückenkopf, über den es seine Interessen in Europa verfolgen konnte. Cromwell war bereits 1658 gestorben,

und nach einem kurzen Intermezzo stellten die Engländer, des inneren Aufruhrs und der äußeren Kriege müde, unter Karl II. die Monarchie der Stuarts wieder her. Der kurze, aber ausschlaggebende englische Vorstoß auf den Kontinent war vorüber, und der Frieden kehrte in die Niederlande zurück.

Im Norden und Osten drohte der Kampf um die Vorherrschaft in Skandinavien und an der Ostsee ins Heilige Römische Reich überzugreifen. Hier befand sich Brandenburg-Preußen an vorderster Front. In Münster und Osnabrück hatte der Kurfürst durch den Erwerb des größten Teils von Pommern seine Nordflanke gesichert und seine Position in Norddeutschland durch die Territorien von Magdeburg, Halberstadt, Kammin und Minden abgerundet. Damit herrschte er über ein Fürstentum, das größer war als Sachsen, die bisherige protestantische Führungsmacht in Deutschland. Aber Brandenburg behielt aus dem Konflikt auch ein tiefes geopolitisches Trauma zurück, hatte es doch nicht verhindern können, dass die Kriegsparteien sein Territorium nach Belieben durchquerten und plünderten. Darüber hinaus hatte sein Hauptrivale Schweden durch den Westfälischen Frieden in Westpommern, an der Türschwelle Brandenburgs, Fuß gefasst. Noch schlimmer war, dass Schweden im Krieg gegen Polen Fortschritte machte und damit Brandenburg von zwei Seiten einzuschließen drohte.<sup>9</sup> Erst als dieser Krieg im Mai 1660 mit dem Vertrag von Oliva zu Ende ging, konnte der Große Kurfürst erleichtert aufatmen. Es war jedoch klar, dass auf lange Sicht eine Kraftprobe mit Schweden unvermeidlich war. In seinem »Politischen Testament« warnte der Große Kurfürst später, dass Frieden zwar wünschenswert sei, Vorbereitung und Prävention aber besser seien. »Denn das ist einmahll gar gewiß«, mahnte er seinen Sohn, »wan Ihr darzu stille sitzen wurdet, vundt gedencken, Das feuer seie noch ferne von Eweren grensen: Ewere Lande Das theatrum sein wurden, darauff man die tragedi spielen.«<sup>10</sup>

